

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Dreis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigezahlte Beilage.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Lausanne: Geht der Weltkrieg zu Ende?

Im Herbst 1918 wurde der Weltkrieg auf dem Schlachtfeld quittiert. Aber damit war der Krieg selbst noch nicht zu Ende, er ging weiter mit anderen Mitteln. Das heißt, gegen Deutschland wurde der Krieg in schärfster Form geführt bis zum heutigen Tag und bis zum Weißbluten, denn der Sieger hat immer recht. Die fürchterliche Krise in der ganzen Welt ist das Ergebnis dieser Finanzkriegführung. Aber es scheint, daß auch die Siegerstaaten mehr und mehr durch Schaden klug werden. Es ist eine in der ganzen Welt verbreitete starke Stimmung für Streichung der politischen Schulden vorhanden.

Am 25. Januar treten die am Weltkrieg beteiligten Mächte zu einer Konferenz in Lausanne zusammen, um über die Möglichkeit weiterer Leistungen Deutschlands zu beraten.

Der Standpunkt der Gewerkschaften in dieser Frage ist der gleiche wie schon vor einem Jahrzehnt. Der Genosse Leipart, der Vorsitzende des AOB, brachte im Pressebericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes Nr. 2 vom 12. Januar 1932 einen längeren Artikel, der sich zunächst mit Deutschlands Auslandsanleihen beschäftigt und dann zu dem Ergebnis kommt, daß Reparationszahlungen nicht nur nicht mehr möglich, sondern auch nicht mehr berechtigt sind. Leipart sagt:

„Reparationszahlungen sind nicht mehr berechtigt. Vier Jahre Weltkrieg haben blühende Gegenden Frankreichs und Belgiens verwüstet. Das mehrfache Angebot der deutschen Gewerkschaften auf Vereinfachung deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist leider abgelehnt worden. Die Spuren des Krieges sind verwischt. Die Kosten der Wiederaufbauarbeit sind u. E. durch die von Deutschland abgelieferten Milliardenwerte gedeckt. Der Reparationsagent hat viermal jährlich ordnungsgemäß bestätigt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen pünktlich und in vollem

Umfange nachgekommen ist. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der letzte Nachfolger dieser Kontrollinstanzen, hat keine Beanstandungen erhoben. Deutschland hat also die Verträge voll erfüllt. Zur Zeit ist es von seinen Verpflichtungen entbunden, nicht auf eigenen Antrag, sondern infolge der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Wir scheitern der Zeitpunkt zur endgültigen Liquidation der Reparationszahlungen gekommen.

Deutschland hat sich die Devisen zur Zahlung der Reparationen nicht auf dem Wege beschaffen können, den bereits der Dawes-Plan als den einzig richtigen bezeichnete: nämlich durch die Abschüsse seiner Handelsbilanz. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß der Saldo seines Außenhandels im Durchschnitt von sieben Jahren passiv gewesen ist. Die Reparationsdevisen sind nur auf eine Weise erworben worden, die der Dawes-Plan als Verschleierung gebrandmarkt hat: nämlich auf dem Wege der Auslandsanleihen.

Deutschland muß aber auch darauf hinweisen, daß die Voraussetzungen des Youngplanes nicht erfüllt sind. Der Youngplan war auf der Erwartung aufgebaut, daß die Weltwirtschaft aufblühen und damit Deutschlands Belastung von Jahr zu Jahr erleichtert werde. Diese Hoffnung ist zusammengebrochen und wird sich nach menschlichem Ermessen auch in absehbarer Zeit nicht erfüllen. Der Youngplan beruhte insbesondere auf der Voraussetzung, daß Deutschland durch eine Vergrößerung seiner Ausfuhr die notwendigen Devisen zur Durchführung der Reparationszahlungen erwerben könnte. Das Gegenteil ist eingetreten. Durch gewollte oder ungewollte Währungsverschlechterungen, durch Devisenbewirtschaftung, durch erhebliche Zollerhöhungen, durch Einfuhrbeschränkungen und -verbote aller Art haben die unmittelbaren und mittelbaren Reparationsgläubiger Deutschlands Ausfuhrmöglichkeiten aufs empfindlichste eingeschränkt. Alle diese Tatsachen stehen in schroffem Widerspruch zu dem Sinn des Vertrages.

Deutschland hat seine Verpflichtungen erfüllt. Die deutsche Arbeiterschaft erwartet, daß die Siegerstaaten das gleiche tun werden.“

Bekanntmachung des Hauptvorstandes zur Beitragsregelung.

Der Hauptvorstand hat als Ergänzung zu § 13 Ziffer 2 des Verbandsstatuts den nachstehend veröffentlichten Beschluß gefaßt. Durch Zustimmung des Verbandsbeirats und Verbandsausschusses ist der Beschluß rechtskräftig geworden.

„Mitglieder, die verkürzt arbeiten und Erwerbslosenunterstützung vom Verband nicht beziehen, dürfen ständig Erwerbslosenbeiträge entrichten, wenn die wöchentliche Arbeitszeit nur 8 Stunden und weniger beträgt;

beträgt die wöchentliche Arbeitszeit bis 16 Stunden, muß in jeder dritten Woche ein Vollbeitrag entrichtet werden;

beträgt die wöchentliche Arbeitszeit bis 24 Stunden, muß in jeder zweiten Woche ein Vollbeitrag entrichtet werden;

beträgt die wöchentliche Arbeitszeit bis 30 Stunden, darf jede dritte Woche ein Erwerbslosenbeitrag

und beträgt die wöchentliche Arbeitszeit bis 36 Stunden, darf jede vierte Woche ein Erwerbslosenbeitrag entrichtet werden.“

Durch diese Regelung soll nur die Beitragsanpassung, die sich infolge Kurzarbeit nötig macht, herbeigeführt werden. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 36 Stunden müssen ohne Unterbrechung durch Erwerbslosenbeiträge Vollbeiträge geleistet werden. Der Verdienstausschlag durch Lohnherabsetzung darf nicht durch Erwerbslosenbeiträge ausgeglichen werden, sondern nur durch Angleichung der Verbandsbeiträge nach § 9 Ziffer 2 und Ziffer 7 des Statuts.

Hannover, den 15. Januar 1932.

Der Hauptvorstand.

Die Lage der Arbeiterbank.

Unter dieser Überschrift brachte „Der Proletarier“ Nr. 2 vom 9. Januar 1932 die Mitteilung, die „Sozialistische Wochenzeitung“ der SPD (Gepdwilgruppe) habe einen Artikel gebracht, wonach die Arbeiterbank gefährdet sei. Die „Sozialistische Wochenzeitung“ hat nunmehr folgende Erklärung zu dieser Angelegenheit veröffentlicht:

„Nachdem uns die Firma Boff Simon & Co. eine Berichtigung hatte zugehen lassen, in der sie versicherte, daß das Guthaben der Arbeiterbank bei ihr noch nicht 6000 RM. betrage, hat unsere Zeitung in der Nummer vom 30. Dezember 1931 eine Notiz mit der Überschrift „Bankhaus Boff Simon berichtigt“ gebracht, worin die Behauptung aufrechterhalten wird, daß das Haus Boff Simon & Co. von der Arbeiterbank einen Kredit von etwa 6 bis 8 Millionen erhalten habe.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, AOB., hat uns durch Vorlegung völlig beweiskräftiger Unterlagen davon über-

zeugt, daß die sämtlichen von uns in gutem Glauben gemachten Angaben der Wahrheit nicht entsprechen. Wir erkennen daher insbesondere an,

a) daß die Arbeiterbank durchaus liquide und in keiner Weise gefährdet ist,

b) daß sie mit der Garantie- und Akzeptbank keinerlei Verbindung hat noch auch gehabt hat,

c) daß zwischen Direktion und Aufsichtsrat der Arbeiterbank eine Differenz oder gar ein offener Streit weder bestanden hat noch besteht,

d) daß das Guthaben der Arbeiterbank bei der Firma Boff Simon & Co. noch nicht 6000 RM. beträgt.

Wir bedauern, einer falschen Information zum Opfer gefallen zu sein und erklären, daß uns unserer ganzen Einstellung nach nichts ferner gelegen hat als eine Schädigung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, AOB.“

Die „Eiserne Front“ gegen Faschismus und Reaktion.

Kein Arbeiter sollte sich darüber im Zweifel sein: die Lage Deutschlands steht auf des Messers Schneide. Der anstürmende Heerhaufen der Nationalsozialisten drängt ungestüm zur Macht. Die Nationalsozialisten wollen die Wirtschaftskrise ausnutzen, um ans Ruder zu kommen und mit den Machtmitteln des Staates ihre Herrschaft zu stabilisieren. In klarer Erkenntnis der drohenden Gefahren haben sich die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften, das Reichsbanner, der Arbeiter-Turn- und Sportbund zu einer „Eisernen Front“ zusammengeschlossen. Die Neujahrsausgabe des „Vorwärts“ bringt Kundgebungen maßgebender Führer, die den eisernen Willen zur Einheitsfront erkennen lassen. So schreibt der Vorsitzende der freien Gewerkschaften, Theodor Leipart:

„Wir wissen, daß im faschistisch regierten Staatsweien für Gewerkschaften als unabhängige Vertretungen von Arbeitnehmerinteressen kein Platz bleibt. Kampf gegen den Faschismus ist darum für die Gewerkschaften ein notwendiger Akt der Selbstbehauptung. Jeder Arbeitnehmer muß sich eine Vorstellung davon machen, was eine Unterdrückung der Arbeiterorganisationen und ein Verschwinden der gewerkschaftlichen Errungenschaften bedeuten würde... Es liegt den Gewerkschaften nicht, große Worte zu machen. Ruhige Abschätzung der gegnerischen Kräfte und der eigenen dünkt ihnen wichtiger. Aber alle Kraftproben zu veranstalten, ist nicht ihre Sache. Wo es aber um eine große geschichtliche Entscheidung geht, werden sie nicht zögern, ihren ganzen Machtapparat mit fester Entschlossenheit bis zum letzten einzusetzen.“

Der Führer der SPD, Otto Weiskopf, sagt:

„Zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus fällt im Jahre 1932 die Entscheidung. Siegt der Nationalsozialismus, so wird die deutsche Arbeiterbewegung mit einem Schlag in die Vergangenheit verschoben.“

Ungeheure Opfer werden dann nötig sein, um die Positionen zurückzuerobert, die wir heute halten. Siegt der Nationalsozialismus im kommenden Jahr nicht, dann hat die kapitalistische Reaktion ihre letzte politische Karte ausgespielt und das Spiel verloren. Dann steht die Arbeiterbewegung vor einem neuen gewaltigen Aufschwung. Aufgaben von ungeheurer Bedeutung werden an die Partei herantreten. . . . Hauptfeind der Arbeiterklasse ist, wer jetzt den Bruderkampf schürt. Diese Zeit duldet keine Zersplitterung! Sie fordert eisernen Zusammenhalt! Nur, wo die Front gegen den Faschismus steht, wehen in Wahrheit die Fahnen des Sozialismus.“

Auch das Reichsbanner reiht sich in die „Eiserne Front“ ein, wie der Führer desselben, Karl Höfnermann, bestätigt:

„Was wir wollen, ist die Sicherung der staatlichen Grundlage für ein freiheitliebendes, schwer kämpfendes Volk, dessen arbeitende Massen das Elend der Krise mannhaft getragen haben, ohne sich dem politischen Wahnsinn in die Arme zu werfen, wie große Teile des Bürgertums! . . . Unsere Front steht! Wir reihen uns ein in die „Eiserne Front“. Wir sind der Hort der Freiheit in Deutschland!“

Schließlich gibt der Arbeiter-Turn- und Sportbund durch Fritz Wildung die Erklärung ab, daß auch die Sportkameraden treu zur Fahne des Sozialismus stehen. — Solche Worte sprechen für sich selbst. Diese Front der Werktätigen wird das Schicksal Deutschlands entscheiden. Gelingt es, den Ansturm des faschistischen Heerhaufens abzuschlagen, so ist nach dieser Wirtschaftskatastrophe die Möglichkeit gegeben, aus dieser bürgerlichen eine soziale Republik zu machen. Andernfalls wird die deutsche Arbeiterklasse um Jahrzehnte zurückgeworfen.“

Weißwasser 207!

Wer macht's nach?

Den in Nr. 2 des „Proletariers“ mitgeteilten schönen Erfolgen, die Zahlstellenleitungen und Funktionäre der Zahlstellen Köln und Düsseldorf in eifriger gemeinsamer Arbeit bei unserer Werbearbeit im letzten Vierteljahr 1931 erzielten, reiht sich das Ergebnis in der Zahlstelle Weißwasser würdig an. 207 Neuaufnahmen im Oktober und November des letzten Jahres!

Die Zahlstelle Köln berichtet erneut von guten Ergebnissen der Werbearbeit. Vom 28. Dezember 1931 bis zum 9. Januar 1932 wurden 39 Neuaufnahmen gemacht.

Bedarf es noch besserer Beweise, daß die gewerkschaftliche Idee noch lebendig ist und ungebrochene Anziehungskraft hat, wenn nur mit Begeisterung und Idealismus für sie gekämpft und geworben wird?

Der Niersverband und grundsätzliche Erwägungen.

Fließt da irgendwo im Rheinland ein Flüsschen mit Namen Niers; es ist 120 Kilometer lang, entspringt an der Grenze des Regierungsbezirks Aachen und Düsseldorf südwestlich von Oberkirchen bei Mägen-Gladbach, fließt an Geldern vorbei und mündet in den Niederlanden in die Maas. Das Schicksal und wohl auch das Bedürfnis, Geld zu verdienen, hat die Firma Lehnen in Süchteln veranlaßt, am Lauf dieses Flüsschens eine Papier- und Pappfabrik errichten zu lassen und sich die Wasserkräfte der Niers dienstbar zu machen. Wir wissen im Augenblick nicht, wie lange der Betrieb besteht und wie lange er nun schon der Firma und den darin Beschäftigten Existenzmöglichkeit bietet. Jedenfalls wissen wir, daß seit 1928 in Deutschland und darüber hinaus ein wirtschaftlicher Krisenzustand herrscht, von dem die Papierindustrie nicht unberührt blieb, und der auch die Papier- und Pappfabrik in Süchteln erfaßt hat, so daß sie gezwungen war, Konkurs anzumelden. Die Anmeldung eines Konkurses ist sicher der Firma nicht angenehm, uns berührt das insofern unangenehm, als darunter ja auch die Arbeiterschaft durch Großloswerden zu leiden hat, und es ist verständlich, daß, wie so oft auch, Gläubiger-ausschuh und Konkursverwalter versuchen, den Betrieb im Interesse der Gläubiger der Firma und der beschäftigten Arbeiter und Angestellten weiter aufrechtzuerhalten. Das ist im Falle der vor- genannten Firma auch versucht worden. Um das zu ermöglichen, sollte eine neue Kalkulationsgrundlage geschaffen werden, damit man in Zukunft rentabel arbeiten könne. Zu diesem Zweck schrieb man auch an den Niersverband. Dieser Verband dankt für sein Bestehen anscheinend einem im Preussischen Landtag angenommenen Gesetz, wonach die Niers reguliert werden ist. An- scheinend hat der Niersverband die Regulierung zu überwachen, und die an der Niers liegenden Firmen haben Beiträge an den Niersverband zu zahlen. Die Süchtelner Papierfabrik hat jährlich an den Niersverband eine erhebliche Summe zu zahlen. Der Konkursverwalter ist im Auftrag des Gläubigerausschusses an den Niersverband herangefahren und hat eine Ermächtigung der Summe zur Verhaftung einer neuen Kalkulationsgrundlage und zur Weiterführung des Betriebes beantragt. Die Weiterführung liegt ja nicht nur im Interesse der Firma; neben dieser und den Gläubigern wird auch der Niersverband auf Grund der abzuliefernden Beiträge daran interessiert sein. Neben diesem hat auch die Arbeiterschaft ein lebhaftes Interesse an der Weiterführung des Betriebes. Um

dies zu ermöglichen, haben die Arbeiter auf einen erheblichen Teil ihres Lohnes verzichtet, und es ist erklärlich, wenn die Firma an den Arbeiterrat herangetreten ist, er möge auch seinerseits mit Hilfe oder durch die Gewerkschaft die Eingabe des Konkursverwalters an den Niersverband auf Herabsetzung der Beiträge unterstellen.

Wir sind dem gern nachgekommen und haben am 21. November 1931 an den Niersverband eine entsprechende Eingabe gerichtet und gebeten, uns zu etwa in Frage kommenden Verhandlungen hinzuzuziehen. Am 30. Dezember 1931 hat der Vorstand des Niersverbandes auf unsere Eingabe nachstehende Antwort erteilt:

„Auf Ihr gefl. obenbezeichnetes Schreiben teile ich Ihnen ergebenst mit, daß der Vorstand des Niersverbandes aus grundsätzlichen Erwägungen mit Ihrem Verbands über Angelegenheit der Firma Pappen- und Papierfabrik S. Lehnen, G. m. b. H., Sächeln, nicht verhandeln kann. Der Geschäftsführer Schmitz-Lenders, Regierungsbaurat a. D.“

Grundsätze sollen ja etwas Erhabenes sein. Worin die grundsätzlichen Erwägungen des Niersverbandes bestehen, ist nicht mitgeteilt. Wir wissen nicht, ob der Niersverband eine behördliche Einrichtung ist, und ob er weiß, daß wir uns in einer entsehligen Krise befinden. Wir möchten aber zu diesem Schreiben grundsätzlich sagen, daß die Betriebsräte in Deutschland in der Reichsverfassung verankert und eine gesetzliche Einrichtung sind. Darüber hinaus sind die Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiterchaft gleichfalls gesetzlich anerkannt.

Ob der Betrieb in Sächeln läuft oder nicht, davon werden Arbeiterinteressen lebhaft berührt.

Der Vorstand des Niersverbandes und sein Geschäftsführer, Regierungsbaurat a. D. Herr Schmitz-Lenders, müßten das wissen, und es müßte für sie als selbstverständlich gelten, daß es in einem solchen Falle grundsätzliche Erwägungen nicht zu geben hat, und daß wir auf unsere Eingabe eine andere Wertung fordern, weil die Arbeiterchaft von den unbekanntem Grundsätzen des Niersverbandes nicht leben kann. S. Wirkh.

Wie die RGO-Strategen die Mitgliederzahl ihrer „Organisation“ erhöhen.

Die RGO-Zeitschrift „Der Fabrikarbeiter“ brachte in ihrer Nr. 24 eine Notiz unter der Überschrift „Neue Werberfolge“, wonach zwei Mitglieder des Betriebsrates der Firma Marienhütte, Berlin-Köpenick, der RGO beigetreten seien.

Jetzt veröffentlicht der Betriebsrat obiger Firma folgende Erklärung:

„Alle Mitglieder des Betriebsrates der Fa. Marienhütte, Köpenick, erklären hiermit, daß die Notiz in der Nr. 24 der Zeitung „Der Fabrikarbeiter“ unter der Überschrift „Neue Werberfolge“, wonach zwei Mitglieder des Betriebsrates der RGO beigetreten seien, nicht der Wahrheit entspricht.“

Sämtliche Mitglieder des Betriebsrates erklären, daß sie jede Art der Propaganda für die RGO, jetzt und in Zukunft ablehnen.“

Karl Rübke, Karl Speiser, Willy Tawh, Julius Witt und Willy Schädel.

Der Kollege Heinrich, der von der Firma entlassen ist, hat die Unterschrift unter diese Erklärung abgelehnt mit dem Hinweis, daß er ja nicht mehr Mitglied des Betriebsrates sei. Er hat jedoch einem Vertreter des Verbandes die mündliche Erklärung abgegeben, daß er nicht Mitglied der RGO sei. Kommentar ist wohl überflüssig.

„Der Deutsche“ und die Nationalsozialisten.

„Der Deutsche“ ist die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, also ein Blatt, von dem man voraussetzen darf, daß es republikfeindliche Bestrebungen nicht fördern will. Um so erstaunter waren wir über folgende Notiz, die „Der Deutsche“ in seiner Nummer vom 3. Januar 1932 brachte: „Beiträge angenehm, aber keine Unterstützung zahlen.“

Uns wird geschrieben: Der Glasarbeiter L. aus Weißwasser (O.-L.) ist seit dem 1. September 1922 beim sozialistischen Fabrikarbeiter-Verband organisiert. Da arbeitslos geworden, stellt er auf dem Bezirksbüro genannten Verbandes in Weißwasser Antrag auf die ihm sätzungsgemäß zuzehende Arbeitslosenunterstützung. Alles war in bester Ordnung, sein Mitgliedsbuch, Anwartschaft erfüllt und keine Beiträge rückständig. Nur eins entsprach nicht der Auffassung des Vertriebers und Angestellten-Lange genannten Verbandes, nämlich, daß L. Nationalsozialist war. Als L. bei Lange seinen Unterstützungsantrag stellte, sagte ihm Lange: „An Nazis zahlen wir keine Unterstützung, und er (L.) sollte sich in zwei Tagen entscheiden, ob er aus der RGO austreten wolle, oder er würde aus dem Verbands ausgeschlossen.“

Wir vermeiden jeden überhaups vermeidbaren Streit mit jedermann, insbesondere aber mit republikfeindlichen Organisationen und Zeitungen. Leider können wir es nicht verhindern, daß andere das Gegenteil tun. Wir hatten es schon aus Gründen der Selbstachtung, aber auch der Selbstbehaltung für notwendig, unsere gewerkschaftliche Organisation von nationalsozialistischem Roudstum reinzuhalten. Die Nationalsozialisten sind gewerkschaftsfeindlich und republikfeindlich und deshalb wirken wir gegen sie. Die christlichen Gewerkschaften können diesbezüglich tun, was sie wollen. Wir haben nur nicht geglaubt, daß „Der Deutsche“ und Herr Krebel sich schuldig und protegierend vor die Nationalsozialisten stellen würden. Wir werden auch in Zukunft so handeln: ansälsend, reinigend.

Zu al' aberflasse wollen wir „Der Deutschen“ eine Erklärung von dem Kollegen selbst bringen, um den es sich hier handelt.

Erklärung!

Ich erkläre hierdurch, daß ich dem Gewerkschaftssekretär Krebel, Weißwasser (O.-L.), eine Mitteilung in der Form, wie sie in der Tageszeitung „Der Deutsche“ vom 3. Januar 1932 enthalten ist, nicht gemacht habe. Mir ist lediglich gesagt worden, daß sich eine Mitgliedschaft im Fabrikarbeiter-Verband mit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in der RGO nicht verträgt, da beide sich doch stark bekämpfen. Herr Lange hat mich bei dieser Unterredung gebeten, noch einmal wiederzukommen, nachdem ich mir die Angelegenheit überlegt habe. An dem Tage, an dem diese Unterredung stattfand, hatte ich an die Organisation noch keinen Unterstützungsanspruch, da die Karenzzeit noch nicht abgelaufen war.

Weißwasser (O.-L.), den 8. Januar 1932.

Fritz Tawh.

In dieser Erklärung ist also auch festgestellt, daß gar keine Rede war von der Vorenthaltung der Unterstützung. „Der Deutsche“ braucht sich also nicht gegen ein vermeintlich be-

gangenes Unrecht einzusetzen. „Der Deutsche“ würde uns aber zu Dank verpflichtet, wenn er uns die Frage beantwortet wolle, welches Interesse er an der Züchtung nationalsozialistischer Brutstätten in den Gewerkschaften hat.

Frauenfragen.

Luise Zieh zum Gedächtnis!

Am Morgen des 27. Januar 1932 starb Luise Zieh, nachdem sie tags zuvor im Plenum des Reichstags einen plötzlichen Ohnmachtsanfall erlitt, aus dem sie nicht wieder zu vollem Bewußtsein erwachte. Was Luise Zieh für die Entwicklung unseres Verbandes bedeutet, geht schon aus den folgenden schlichten Zeilen hervor, die im Nachruf des „Proletariers“ vom 18. Februar 1932 stehen: „Wenn einmal die Geschichte unseres Verbandes geschrieben wird, werden wir Luise Zieh unter den tatkräftigsten Pionieren zu nennen haben.“

Wir wollen die zehnte Wiederkehr des Todestages von Luise Zieh nicht vorübergehen lassen, ohne ihrer zu gedenken in dankbarer Anerkennung ihrer aufopferungsvollen Tätigkeit für den Verband wie für das unterdrückte und leidende Proletariat überhaupt. Wir müssen dieser mutigen Frau auch gedenken, weil sie mit heißem Herzen und leidenschaftlich gerade um die Rechte der Arbeiterinnen kämpfte. Wie schwer der Verlust war, den die Sache der proletarischen Frauen durch den Tod Luise Zieh erlitt, zeigt sich auch im Nachruf der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ vom 8. Februar 1932: „Die Arbeiterinnen verlieren in Luise Zieh eine warmherzige und allezeit hilfsbereite und energische Verfechterin ihres Anspruches auf bessere Lebensbedingungen und größere Freiheiten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete.“

Sozialismus des dummen Kerls.

Adolf Hitler im Gespräch mit Straßer: „Die große Masse der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Spiele; sie hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale. Wir wollen die Auswahl einer neuen Herrschaft, die nicht von irgendwelcher Mitleidsmoral getrieben, ihre Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrechterhält.“

Abg. Feder von der Tribüne des Reichstags zum Abg. Dingeldey: „Sie haben gar keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen zu unterschieben!“

Goebbels: „Der Sozialismus ist für uns nur Mittel zum Zweck!“

So sind auch wir erfüllt von dankbarer Erinnerung an Luise Zieh, die zum ersten Male während des Hamburger Hafenarbeiterstreiks, der vom November 1896 bis Februar 1897 dauerte, in einer großen Versammlung vor den Massen stand und dort besonders die zahlreich erschienenen Frauen aufrief, im schicksalsschweren Kampf um die allerntwendigsten Arbeiterrechte auszuharren. Luise Zieh gründete im Jahre 1906 in Hamburg die erste Dienstbotenorganisation. Überhaupt galt sie als eifrige Vorkämpferin für Frauenrechte und Arbeiterinnenchutz. Das bedeutet viel, und besonders viel für die Fabrikarbeiterinnen, da Luise Zieh selbst Fabrikarbeiterin war.

Luise Zieh war eine der ersten Rednerinnen unseres Verbandes, die unter schwierigsten Verhältnissen recht viel geleistet haben. Allgemein beliebt und ausgestattet mit gutem Blick für das organisatorisch Erforderliche konnte sie überall, wo sie redete und agitierte, dem Verbands zahlreiche Anhänger zuführen. Manchen Kollegen, der heute als Funktionär in den vordersten Reihen des Verbandes steht und wirkt, hat sie aufgenommen. Manche Zahlstelle wurde durch die Kollegin Zieh gegründet. In einem Bericht zum 40jährigen Bestehen des Verbandes schreibt Kollege Wiefenbütter (Stettin) u. a.: „Ein großes Verdienst um die Ausdehnung unseres Verbandes im ganzen Osten hatte sich die verstorbene Kollegin Zieh erworben. Sie hat Ende der 90er Jahre und in den Jahren 1900-1903 größere Touren für unseren Verband unternommen.“ Das war zu einer Zeit, wo noch Gesetzeshürden die Frauen an der öffentlichen Tätigkeit behinderten, in denen Luise Zieh reden wollte, einfach nicht stattfinden durften, weil eine Frau weder reden noch Versammlungen besuchen durfte. Aber Luise Zieh war eine Kämpferin. Sie hat allen Schikanen getrotzt und trat erst recht auf den Plan, Aufklärung zu verbreiten und ihre unterdrückten Arbeitsschwesterinnen von den Fesseln kapitalistischer Willkür befreien zu helfen. Nicht nur, daß sie den Feinden der Arbeiterbewegung und den Gegnern der Frauenrechte bittere Wahrheiten sagte. Sie stand auch bei der praktischen Arbeit immer in den vordersten Reihen unserer alten Vorkämpfer, die die ungelerten Arbeiter und die unterdrückten Landarbeiter und Hausangestellten zu organisieren strebten in der Erkenntnis, daß nur durch starke Organisationen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen sind. Auf dem Verbandstag in Leipzig 1906 hielt sie ein Referat über: „Organisierung der Landarbeiter im Fabrikarbeiterverband oder in einer selbständigen Organisation?“ Der Fabrikarbeiterverband delegierte sie auch schon 1899 zum Gewerkschaftskongress nach Frankfurt a. M. und 1902 nach Stuttgart. Auf beiden Kongressen trat sie rednerisch hervor, insbesondere zur Unterstützung der Forderungen auf Koalitionsfreiheit der Landarbeiter.

Eine Kämpferin wie Luise Zieh mußte natürlich auch politisch rege sein. Sie war die erste Frau, die in den Vorstand der Sozialdemokratie berufen wurde. Das war im Jahre 1903, in dem Jahr, in dem der Paragraph 8 des

Vereinsgesetzes, der die Frauen vom politischen Leben fernhielt, gefallen war. In unzähligen Versammlungen erhob sie ihre Anklagen gegen die bürgerliche Gesellschaft. Auf der Mannheimer Frauenkonferenz 1906 behandelte sie das Thema: „Landarbeiter und Sozialdemokratie“. Die Lösung der Landarbeiterfrage hat ihr immer besonders am Herzen gelegen. Sie hat sich auch in einer ihrer wichtigsten Schriften speziell mit der Landarbeiterfrage beschäftigt.

Bei der Spaltung der Sozialdemokratie trat sie der USP bei. An der Nationalversammlung und an dem ersten deutschen Reichstag nach dem Kriege nahm sie als Vertreterin der USP teil und ist auch in beiden Parlamenten rednerisch hervorgetreten. Leider hat sie die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien nicht mehr erlebt. Ihr ganzes Leben war von leidenschaftlichem Streben für den Fortschritt der Arbeiterklasse erfüllt, und daher wird uns diese tapfere Kämpferin aus dem Heer der Fabrikarbeiterinnen unvergesslich bleiben. Anna Zammerk.

Jugendbewegung.

Die Jugend im Kampffahr 1932.

Das Jahr 1932 bringt uns die schwersten Aufgaben. Wir wurden in der Fortentwicklung der kapitalistischen Wirtschaftskrise in eine Situation gestellt, die Wachheit und Kampfesmut von allen organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen — alt und jung gleichermaßen — dringend verlangt. Heute gilt kein Müdewerden, heute gilt nur höchste Anspannung aller Nerven und aller Kampfeskräfte, um dem reaktionären Ansturm widerstehen zu können. Resignation hat weite Schichten aller Arbeiter- und Angestelltengruppen erfaßt. Die wirtschaftliche Krise wurde zu einer sozialen Krise, die die Lebenshaltung der Arbeiterklasse außerordentlich gefährdet. Das ist Beweis genug dafür, daß es sich bei dieser Krise in ihrer Struktur um eine völlige Wandlung kapitalistischer Krisenerscheinungen handelt, die selbstverständlich ihre Wurzeln im System und insonderheit im Monopolkapitalismus hat. Die Organisationsformen der kapitalistischen Wirtschaft sind überentwickelt und stehen vielfach bereits im Widerspruch zu den Entwicklungsgeetzen dieser Wirtschaft. Von solchen Strukturwandlungen werden aber auch die Klassen, die gesellschaftlichen Schichtungen der Berufsgruppen erfaßt. Neben anderem schuf vor allem die Rationalisierung im Produktionsgang ein Millionenheer Arbeitsloser. Zehntausende und aber Zehntausende stehen vor der Tatsache, vielleicht nie mehr richtig im Produktionsprozess verwurzelt zu werden.

Als Gegenwert im negativen Sinne sind die Abwehrbestrebungen der Unternehmer zu beurteilen. Sie können ganz selbstverständlich der Krise nur mit kapitalistischen Mitteln begegnen wollen. So ergeben sich die Kämpfe um den Lohnabbau und die Sozialversicherung. Im Hintergrund steht dabei aber noch der allgemeine Kampf ums Arbeitsrecht, um die Koalitionsfreiheit, um die Rechte der Gewerkschaften und um die nötige Abwehr der sozialen Schäden mittels durchgreifender sozialpolitischer Maßnahmen. Arbeitsrecht und Sozialpolitik müssen den Unternehmern ein Dorn im Auge sein, denn sie stärken in besonderem Maße die Lebenskraft der Ausbeuteten. Würden die damit erkämpften Rechte noch mehr geschmälert oder völlig beseitigt, so wären Millionen der Arbeitslosigkeit ohne Hilfe ausgeliefert; sie stellen damit die — jenen sehr erwünschte — industrielle Reservearmee, die sich ohne Rückhalt dem Diktat der herrschenden Schichten unterwerfen müßte. Dieses Ziel zu erreichen, ist Sinn aller reaktionären Bestrebungen, die wir heute im politischen und wirtschaftlichen Machtkampf auftreten sehen.

Für die Jugend ergibt sich noch eine besondere Situation. Auch sie soll in ihrer sozialen und geistigen Haltung möglichst unter Vorkriegsstand zurückgeworfen werden. Ihre heutige gesellschaftliche Stellung ist eng verbunden mit der Stellung der erwachsenen Arbeiterschaft. Wo diese in ihrer Machtstellung und in ihrer sozialen Lebensbasis bedrängt ist, da wird auch die freie Jugendentwicklung behindert. Ja, man darf behaupten, daß sie immer in erster Linie von den Auswirkungen jedweder reaktionären Maßnahme betroffen wird. Wo der Kampf ums Arbeitsrecht einsetzt, da stehen die Fragen des Lehrlingschutzes und der Vereinigungsfreiheit der Jugend in ihren Jugendgruppen und in den Gewerkschaften mit im Vordergrund; wo der Kampf um die Sozialpolitik aufgenommen werden muß, da werden Jugendrecht und Jugendchutz vor allen Dingen in Mitleidenschaft gezogen. Daselbe sehen wir im wirtschaftlichen Leben. Von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise wird die Jugend mit am stärksten betroffen. Das gilt sowohl dort, wo sie noch im Lehrverhältnis steht, als auch dort, wo es gerade beendet wurde oder wo sich der jugendliche Arbeiter im freien Arbeitsverhältnis befindet. In diesem Falle werden die Jüngsten, die Ledigen, die — angeblich — wirtschaftlich Stärksten, zuerst ausgeliefert zum Arbeitslosenheer, in jenem Falle ergibt sich ständige Unsicherheit im Betriebe durch Stilllegungen, Produktions-einschränkungen, Zusammenbruch von Unternehmungen usw. Bei öfterem Wechsel des Lehrverhältnisses kann nie Festigung im Arbeitsleben und Berufssicherheit eintreten. Damit wird klar ersichtlich: Der Kampf der Jugend um ihre Lebens- und Zukunftssicherung ist der Kampf der Gewerkschaften um die Sicherung elementarster Arbeiterrechte und umgekehrt. So ergibt sich auch die gegenseitige Verpflichtung.

Auf diese insbesondere aufmerksam zu machen, erscheint zu Beginn dieses Jahres, in dem sich politische, wirtschaftliche und allgemein gesellschaftliche Konfliktstoffe aufs engste zusammenballen, besonders notwendig. Und besonders in Rücksicht zu stellen ist dabei die Gewinnung, die sich in den verschiedensten Gruppen des gegenwärtigen gesellschaftlichen Machtkampfes offenbart. Viele der gegenwärtigen Erscheinungen des politischen Tageskampfes erinnern dabei an die allgemeine Knechtsgegnung vergangener Tage, von der weite Schichten heute noch nicht befreit sind. Und wenn Herr Hitler und seine Getreuen so gern vom Untermenschentum reden, so dürfte in ihrer Gefolgschaft davon am meisten anzutreffen sein. Auf wie scheinbar nebensächlichen Gebieten sich das äußern kann, zeigt ein Aufsatz eines Freiherrn von

Tanze, der sich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (übernommen von der „Jugendherberge“ Nr. 12) zu Fragen der Gemeinschaft in Jugendherbergen u. a. folgendermaßen ausläßt:

„Man lernt in diesen Schlaffälen vorzüglich, sich auf geringem Raume auszubreiten, lernt wieder, wie als Soldat, Stiefel putzen, Anzüge flicken, Knöpfe annähen, und in der Kölner Herberge, die einen Teil der früheren Deutscher Kavalleriekaserne einnimmt, kam der liebe alte Kasernengeist so über mich, daß ich eines Nachmittags, statt Kölner Kirchen anzusehen, mit meiner Wäsche wusch und auf dem Hofe dem tropfenden Trokaner der über die Leine gehängten Strümpfe zusah. Wer den Kasernengeist liebt — und ich liebe ihn leidenschaftlich — liebt das Herbergsleben schon wegen des Zusammenwohnens, zu sechs bis sechzig; der einzelne hat aufgehört; seine Atemzüge gehen auf in einem einheitlichen, regelmäßigen Rauschen, als ruhte da nur ein einziger großer gesunder Körper.“

Mir scheint, von diesem kasernenmäßigen Gemeinschaftsgefühl sind heute nicht nur große Teile der Erwachsenen, sondern vor allem der Jugend erfasst. Dabei steht fest, daß wahre Gemeinschaft nichts Herdenmäßiges an sich hat. Nur weil man keinen Ausweg aus der gegenwärtigen Lebenssituation mehr weiß, klammert man sich an alle, scheinbar bewährte Lebenserinnerungen und sucht sie zu neuer Vollendung zu führen.

Wahre Jugendgesinnung ist das nicht; wahre Jugendgesinnung kann nur vorübergehend bei alten Idealen stehen bleiben, um ihren vorantischen Gehalt auszuschöpfen; wahre Jugendgesinnung verlangt aber zugleich nach Neuformierung der Lebensgesetze und der gesellschaftlichen Existenzbedingungen. Wahre Jugendgesinnung will schöpferisch sein und in voller Selbstverantwortung teilhaben an allen Dingen des öffentlichen Lebens. Das gilt auch von der gesellschaftlichen Situation der Gegenwart in ihrer fürchterlichen Realität. Hier helfen nicht nur Idole, hier muß man anpacken. Die sozialen Machtkämpfe des Jahres 1932 sind infolge der Verlagerung der Klassenkräfte zugunsten der Reaktion (siehe kapitalistische Krise und nationalsozialistische Bewegung) lediglich Abwehrkämpfe zur Erhaltung der Errungenschaften, die die Arbeiterschaft heute noch auf politischem, wirtschaftlichem, arbeitsrechtlichen, sozialpolitischem und kulturellem Boden zu verteidigen hat. Die kapitalistische Krise selbst aber zwingt zugleich die Blickrichtung auf das Endziel, die sozialistische Gesellschaftsgestaltung. Auf diesem Boden marschieren die Jugend mit den Gewerkschaften und den sonstigen sozialistischen Organisationen. Das ist ihre soziale Verpflichtung gegenüber der Gegenwart und der Zukunft, deren Formung in sozialistischem Geiste sie selbst vornehmen soll.

Papier-Industrie

Revolutionäre Gewerkschaftsstrategie.

Infolge Auftragsmangels arbeitet die Chromo- und Kunstdruckpapierfabrik Krause & Baumann, AG, in Heidenau seit langer Zeit nur noch, je nach den eingehenden Aufträgen, zwei bis vier Tage die Woche. Infolge der berühmten Stegerwaldschen Lohnabbau-Notverordnung sind in der Papiererzeugungsindustrie auch die Aufträge weiter zurückgegangen. Die Inlandsverbraucher warten auf weitere Preisermäßigungen und halten deshalb mit ihren Auftragserteilungen zurück. Die skandinavische Papiererzeugungsindustrie treibt ein absichtliches Dumping und schmeißt Papier und Halbstoffe zu einem Preise auf den Weltmarkt, der in vielen Papiererzeugungsstaaten die Unkosten kaum noch deckt. England und andere Staaten treiben Hochschutzzollpolitik und sperren ihre Staaten gegen die deutsche Papiereinfuhr oder versuchen wenigstens, diese erheblich zu droffeln. Unter diesen Maßnahmen leidet natürlich auch die Firma Krause & Baumann. Die Aufträge gingen noch mehr zurück.

Wir sind es nachgerade gewöhnt, daß alle Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeiterschaft gehen. Das gilt auch für die Firma Krause & Baumann. In Verfolg derartiger Sparmaßnahmen stellte diese Firma beim Sächsischen Arbeitsministerium den Antrag auf Zustimmung zur Stilllegung ihrer Papiermaschine III. Für die Arbeiterschaft bedeutet der Antrag die Entlassung von rund 350 Arbeitkräften.

In einer solchen Situation kann der Gewerkschaftsfunktionär vorbeugend, aber auch verheißend wirken. Unsere Geschäftsführung in Heidenau glaube — nach unserer Auffassung mit Recht —, daß vorbeugende Maßnahmen der Arbeiterschaft zweckdienlicher sind als eine Verheißungsagitiation. Infolgedessen regte unser Geschäftsführer bei den Stilllegungsverhandlungen für den Betrieb Krause & Baumann die Einführung des Vierstichtensystems an, um Arbeiterentlassungen in größerem Ausmaße zu vermeiden.

Die Direktion der Firma Krause & Baumann trat dieser Anregung ernstlich näher und war bereit, das Vierstichtensystem einzuführen. Die Umstellung vom Drei- zum Vierstichtensystem bringt natürlich noch keine Aufträge zur Vollbeschäftigung der Maschinen. Es wurde deshalb der Plan erwogen, entsprechend dem Stilllegungsantrage eine Maschine stillzulegen und die Arbeiterschaft durch Einführung des Vierstichtensystems auf die übrigen Maschinen zu verteilen. Damit war nicht jede Arbeiterentlassung unterbunden, aber der größte Teil der zur Entlassung vorgesehenen 350 Arbeitnehmer konnte weiterbeschäftigt werden.

Diese vorbeugende Maßnahme paßte den RWO-Vonzen nicht, denn auch der kleinste Puff könnte eventuell in Moskau doch als der seit über zehn Jahren erwartete Anfang der Weltrevolution gewertet werden. Deshalb verbreitete die RWO das folgende kommunistische „Klassenkampf-Flugblatt“ unter der Arbeiterschaft der Firma Krause & Baumann:

„Arbeiter und Arbeiterinnen

von Krause & Baumann!

Die am Mittwoch, dem 6. Januar, abgehaltene Betriebsversammlung nahm Stellung zu dem von der Firma geplanten Lohnabbau und zu den Entlassungen. 350 Kollegen sollen auf Pfaffen fliegen, des weiteren will die Betriebsleitung die Sechsstundenschicht ohne Lohnausgleich durchführen, unterstützt dabei von den Reformisten, die diesen Maßnahmen der reaktionären Betriebsleitung zustimmen.

Der Arbeiterschaft zeigt diese erneute Verschlechterung ihrer Lebenslage klar und eindeutig die rückwärtslose, sächsisch-frage des Unternehmertums.

In Eurer Betriebsversammlung habt Ihr eine Resolution gefaßt, die besagt, daß Ihr diese Maßnahmen der Firma ablehnt und den Kampf dagegen aufnehmen wollt.

Kollegen, es darf nicht bei dieser Resolution bleiben! Die Firma wird, wenn Ihr den Kampf nicht sofort aufnehmt, noch weitere Entlassungen vornehmen, wird Euren Lohn immer und immer wieder kürzen. Darum! Kein Wanken, kein Kapitalisieren! Löst sofort den Streik aus! Nur schärfter Kampf, nur Streik kann die Maßnahmen der Firma zunichte machen. Folgt dem Beispiel der Streikenden in Hamburg, im Ruhrgebiet und in allen Teilen Deutschlands!

Euer Streik stärkt den Kampfesmut der Arbeiterschaft! Die Gewerkschaften werden Euch in Eurem Kampfe unterstützen, sie denken nicht daran, Euch in den Rücken zu fallen.

Eure Lösung sei:

- Streik gegen jede Entlassung!
- Streik gegen jeden Lohnabbau!
- Für Siebenfundentag bei vollem Lohnausgleich!
- Schluß mit diesem System des Hungerns!
- Für Arbeit, Freiheit und Brot!
- Für ein sozialistisches Deutschland!

RWO-Industrie-Gruppe Papier.“

Die Arbeiterschaft soll also sofort den kommunistischen Streik auslösen, damit die Firma Krause & Baumann „noch weitere Entlassungen vornehmen kann“.

„Die Erwerbslosen werden Euch in Eurem Kampfe unterstützen!“ ruft der kommunistische Streikapostel den Heidenauer Papierarbeitern zu, wenn — ja wenn nicht wie im Vorjahre in Erblitz und an anderen Orten — die größten Maulhelden der RWO, und der RWO, nicht schon vorher in den Betrieb hineingelassen sind, ehe der kommunistische RWO-Generalstreik im Betriebe richtig ausgebrochen ist.

Führer der sächsischen RWO-Papierarbeiter ist der „Genosse“ Silbermann. Silbermann ist nie für nutzlose Streiks eingetreten, denn sonst hätte er seinem Direktor in Waldheim nie die Versicherung hoch und heilig abgegeben, daß er mit allem zufrieden sei und nur die böse Belegschaft seinen Stillhalterreferaten nicht folge.

G. Stähler.

Kapitalisten.

Ich könnte ebensogut einen Tiger bissen, seine Beute mit mir zu teilen, wie unsere Herrschenden, die gestohlene Arbeit, von der sie leben, fahren zu lassen.

Die Entlassung des Arbeiters ist das Schwert des Kapitalisten, und der Hunger hält es stets scharf für ihn. Sein Schild ist das Gesetz, das durch seine eigene Klasse ausdrücklich zu dem Zwecke gemacht ist.

Bernard Shaw.

Man erkundige sich nur näher nach den Personen, die durch ehrloses Betragen sich auszeichnen; immer wird man finden, daß sie nicht arbeiten gelernt haben oder die Arbeit scheuen.

Johann Gottlieb Fichte.

Nahrungsmittel-Industrie

Geschäftsabläufe aus der Zuckerindustrie.

Aus der Zuckerindustrie liegen uns zwei Abschlüsse von größeren Gesellschaften über das Jahr 1930/31 vor. In dem Geschäftsbericht der Dessauer Werke für Zucker- und chemische Industrie, den wir zuerst hervorheben, sagt der Vorstand eileitend im Bericht, daß das abgelaufene Berichtsjahr für die Zuckerindustrie bedeutungsvolle Entscheidungen gebracht habe. Es wird dann kurz die Zuckerkontingentierung mit ihren Folgererscheinungen geschildert. Hierüber sind unsere Leser unterrichtet, wir brauchen darauf nicht weiter einzugehen. Dann wird im Bericht folgendes gesagt:

„Der Melassemarkt lag, da die hohe Zuckerproduktion automatisch einen außergewöhnlich hohen Melasseanfall nach sich zog, für die Verbraucher günstig. Seit Jahren waren die Verbraucher endlich in die Lage gesetzt, ihre in früheren Jahren stark zusammengeschmolzenen Bestände, soweit es im Rahmen ihrer finanziellen Kräfte und der vorhandenen Lagermöglichkeiten geschehen konnte, wieder aufzufüllen.“

Für unsere größte Beteiligung, die Dessauer Zucker-Raffinerie, G. m. b. H., Dessau, war in Anbetracht der niedrigen Melassepreise und der verhältnismäßig stabilen Zuckerpreise das abgelaufene Jahr nicht ungünstig. Durch den in diesem Jahre erzielten Gewinn konnte der größte Teil der Verluste der Vorjahre abgedeckt werden.“

Danach konnte das Hauptwerk dieser Firma, die Entzuckerungsanstalt in Dessau, ihre Rohstoffe im letzten Jahre sehr vorteilhaft einkaufen. Das Jahr war also geschäftlich besser als seine Vorgänger. In dem weiteren Bericht wird dann gesagt, daß die Zuckerkontingentierung für die Dessauer Zucker-Raffinerie sich sehr ungünstig ausgewirkt habe. Es fehle an den entscheidenden Stellen das nötige Verständnis für die Melasse-Entzuckerung. Dazu wäre folgendes zu sagen. Die Zuckererzeugung ist in Deutschland infolge der großen Vorräte durch die Kontingentierung stark beschränkt. Im Jahre 1931/32 wurden rund 10 Millionen Doppelzentner Zucker weniger erzeugt als im Jahre 1930/31. Entscheidenden Einfluß auf die Festsetzung des Kontingents haben in erster Linie die Rübenzuckerfabriken. Es ist schon möglich, daß gerade diese die Notwendigkeit nicht einsehen, daß aus Melasse überhaupt noch Zucker erzeugt wird. Jedenfalls ist aber wohl aus diesem Grunde das Kontingent der Zucker-Raffinerie Dessau, oder richtiger gesagt, der Entzuckerungsanstalt zu Dessau erheblich beschränkt worden. Es heißt dann in dem Bericht weiter, daß der Betrieb in Frage gestellt sei, wenn seinen berechtigten Ansprüchen nicht noch in letzter Stunde Rechnung getragen würde. Ob das so schlimm ist, können wir als Außenstehende nicht beurteilen.

Un anderer Stelle heißt es dann im Bericht:

„In dem Abfag unserer chemischen Produkte machten sich — wie überall in der deutschen Wirtschaft — zum Teil Schwierigkeiten bemerkbar, die aber hoffentlich in Zukunft wieder überwunden werden können. Die für die chemischen Produkte erzielten Preise waren gegenüber dem Vorjahre keinen nennenswerten Schwankungen unterworfen.“

Es sind also beim Abfag der chemischen Produkte, die die Firma aus den Rückständen, die bei der Melasseentzuckerung entstehen, herstellt, Schwierigkeiten aufgetreten, die sich aber im Preise nicht auswirkten. Zu der gesamten Gesellschaft gehört auch die Zucker-Raffinerie Hildesheim, G. m. b. H. Dieser Betrieb gibt für sich einen besonderen Jahresbericht heraus. In dem Gesamtbericht wird dieser Betrieb nur mit einem Satz erwähnt. Es wird lediglich festgesetzt, daß die Zucker-Raffinerie Hildesheim im abgelaufenen Betriebsjahre wieder eine Dividende von 10 Prozent verteilt hat. Die Gesamtgesellschaft hat bei einem Aktienkapital von 8 100 000 Reichsmark einen Gewinn von 619 832,92 RM erzielt. Auf die Stammaktien der Gesamtgesellschaft werden 8 Prozent und auf die 100 000-RM-Vorzugsaktien werden 6 Prozent Dividende verteilt. Der Aufsichtsrat erhält eine Vergütung von 27 000 RM.

Insgesamt betrachtet, zeigt dieser Abschluß für die Gesellschaft eine bedeutende Besserung gegenüber dem Vorjahre. Es kann also nicht gesagt werden, daß es diesem Unternehmen im Krisenjahr 1931 schlechter ergangen sei als in früheren Jahren. Solange noch Dividendensätze von 6 bis 10 Prozent verteilt werden, kann man wohl von einer besonderen Notlage dieser Unternehmungen nicht sprechen.

Zugleich liegt uns der Geschäftsbericht der Süddeutschen Zucker-AG, Sitz Mannheim, vor. Eileitend werden in diesem Bericht dieselben Schmerzen über das ereignisreiche Jahr für die Zuckerindustrie vorgetragen. Nur geschieht es hier in etwas ausführlicherer Weise. Beklagt wird insbesondere über die Erhöhung der Zuckersteuer von 10,50 Mk. auf 21 Mk. je 100 Kilogramm. Diese Erhöhung sei sowohl für die Industrie als auch für den Verbraucher eine unangenehme Überraschung gewesen. Dann wird über die Lage der Werke, die der Süddeutschen Zucker-AG angehören, im allgemeinen folgendes gesagt:

„Wie allgemein, war auch in unseren Anbaugebieten allenthalben eine überaus reiche Rübenernte zu verzeichnen, deren Zuckergehalt allerdings nicht befriedigte. Immerhin war es uns möglich, dank der vervollkommenen Einrichtung unserer Werke die großen Rübennengen glatt zu verarbeiten und in der ersten Januarhälfte 1931 die Kampagne zu beendigen. Die Arbeit in unseren Raffinerien ist ebenfalls ohne Störung verlaufen. Der Verkauf der fertigen Ware hat sich im System der Vereinigung für Verbrauchszucker-Verteilung zufriedenstellend abgewickelt; wenn auch die Preise, beeinflusst von der alle Voraussetzungen übersteigenden Erzeugung, in den Kampagnemonaten etwas gedrückt waren, so haben sie sich doch nach Neujahr bis Ende August 1931 gehalten und erst im Laufe des September nachgegeben, um so etwas vorzeitig den Übergang in den Winterpreis zu vollziehen. Die Preise für Schnigel und Melasse haben sich leider nicht erholen können. Wohl ist es gelungen, unsere Melasseerzeugung bis Schluß des Geschäftsjahres annähernd restlos zu verkaufen, dagegen war dies hinsichtlich der Trockenschmigeln nicht möglich. Zu der gewaltigen Erzeugung von Rübenschmigeln aller Art kam eine wohl kaum je dagewesene reiche Rauhfrüchtereinte in ganz Deutschland, die das Schmigelgeschäft stark in den Hintergrund drängte. — Zum ersten Male konnte die Leistungsfähigkeit unserer Rübennverarbeitungswerke bis zur Grenze ausgenutzt werden; aus diesem Grunde und auch infolge sparsamer Wirtschaft auf allen Gebieten haben sämtliche Betriebe einen Gewinn erzielt.“

Wir haben hier etwas ausführlicher im Zusammenhang zitiert. Aus dem Zitat geht hervor, daß die Süddeutsche Zucker-AG, zu der die Zucker-Raffinerie Frankenthal und neun Rohzuckerfabriken gehören, im Jahre 1930/31 sehr gut gearbeitet hat. Die Preise für Produkte waren vorübergehend etwas gedrückt, insgesamt aber nicht unbefriedigend. Über das laufende Berichtsjahr wird gesagt, daß das Jahr 1931/32 eine starke Reduktion bei der Rübenverarbeitung bringen werde. Man erwartet von allen Roh- und Weißzuckerfabriken der Gesellschaft nicht viel mehr als die Hälfte der Erzeugung vom Jahre 1930/31. Die Arbeit ist rationell gestaltet, es sind drei Rübennzuckerfabriken stillgelegt worden. Wörtlich heißt es dann an einer anderen Stelle:

„Das Verbrauchszuckergeschäft war bis jetzt verhältnismäßig befriedigend, die bereits erwähnte Erhöhung der Zuckersteuer, verbunden mit der Notlage des gesamten Volkes, wird aber einen weiteren Rückgang des Verbrauches zur Folge haben. In unserer eigenen Landwirtschaft hat das über die ganze Erntezeit anhaltende schlechte Wetter die Halmfrüchtereinte auf nachhaltigte beeinflusst, so daß wir in fast allen Wirtschaften mit einem Verlust rechnen müssen.“

Die Notlage des gesamten Volkes hat also eine Senkung des Zuckerverbrauches herbeigeführt. Die Süddeutsche Zucker-AG hat aber selbst mit dazu beigetragen, daß die Not der Arbeiter noch größer wurde. Auch sie hat die Löhne in ihren Betrieben bedeutend abgebaut, und so die Kaufkraft ihrer Arbeiterschaft weiter geschwächt. Außerdem geht aus dem Zitat nicht hervor, daß man beim Zuckergeschäft im kommenden Jahre Verluste erwartet. Die Erwartung wird ausgesprochen für die landwirtschaftlichen Betriebe. Dieses aber auch nur, weil die Halmfrüchtereinte durch Wetterchäden beeinflusst ist.

Bei einem Aktienkapital von 30 000 000 Mark wurde ein Betriebsüberschuß von 3 428 760,62 Mk. erzielt. Das sind rund 11 Prozent des Aktienkapitals. Dazu kommt ein Vortrag aus dem Vorjahre von 1 810 550 Mk. Von dem Überschuß sind 945 215,63 Mk. abgeschrieben. Von dem so verbleibenden Reingewinn werden auf Stammaktien eine Dividende von 8 Prozent und auf Vorzugsaktien eine solche von 7 Prozent verteilt. Der Rest von 1 898 095 Mk. wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Eine Entschädigung für den Aufsichtsrat und irgendwelche Lantien oder Gratifikationen weist die Bilanz nicht aus. Es ist aber anzunehmen, daß die hierfür ausgeworfenen Summen bei dem günstigen Abschluß sicher nicht gering sind. Da sie in der Bilanz nicht ausgewiesen werden, muß man annehmen, daß sie vor Zichung der Bilanz abgetrennt sind. Der Betriebsüberschuß würde also dann dementsprechend höher zu bewerten sein. Auch aus einigen anderen Posten ist ersichtlich, daß die Firma sehr gut fundiert ist.

Beide Abschlüsse, namentlich der Abschluß der Süddeutschen Zucker-AG, zeigen, daß es mit der deutschen Zuckerindustrie nicht so schlecht bestellt ist, wie es die Unternehmer immer behaupten. Sie zeigen, daß auch am Zucker noch Geld verdient wird, wenn die Betriebe nur richtig aufgezogen werden. Die Süddeutsche Zucker-AG unterscheidet sich von den anderen deutschen Rübenzuckerfabriken in ihrem Aufbau. Sie umfaßt 9 Rohzuckerfabriken, die z. T. Weißzucker herstellen, und 1 Raffinerie. In der Gesellschaft ist also die Produktion vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat zusammengefaßt. Sie ist aber auch kapitalistisch anders fundiert als die übrigen Fabriken. Bei den übrigen Zuckerfabriken sind die Landwirte vorwiegend oder ganz die Inhaber der Aktien. Bei der Süddeutschen Zucker-AG überwiegt, wie schon die Zusammensetzung des Aufsichtsrates zeigt, das Großkapital. Die Banken spielen hier eine erhebliche Rolle. Dementsprechend wird in dieser Gesellschaft auch Wert darauf gelegt, daß der Gewinn möglichst in vollem Umfange als Dividende zur Verteilung gelangt.

Bei den anderen Zuckerfabriken ist das anders. Sind die Aktionäre vorwiegend oder ausschließlich Landwirte, dann legen sie keinen großen Wert auf die Ausschüttung einer Dividende. Für sie ist die Hauptsache ein guter Rübennpreis. Sie erhalten also im Rübennpreis die Dividende z. T. gleich mit. Die eigentliche Dividende bei den übrigen Betrieben ist dann niedrig oder es wird auch gar keine Dividende verteilt.

Der Betrieb erscheint dann nach außen hin als unrentabel, in Wirklichkeit kann er ebenso rentabel sein wie jene Betriebe, die Dividenden ausschütten, aber niedrigere Rabenpreise zahlen. Die vorliegenden Abschlüsse aber zeigen, daß das Geschrei von der besonderen Notlage der Zuckerindustrie nicht stimmt. Würden alle Unternehmungen in der Zeit der allgemeinen Volksnot noch Gewinne verteilen, wie sie oben geschildert sind, dann könnte man von einer Not wirklich nicht reden.

E. Senkfeil.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Renten Kürzung bei Wegeunfällen.

Seit dem Jahre 1925 sind die Unfälle, die auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte eintreten, in die Unfallversicherung einbezogen. Der Zeitpunkt in die Reichsversicherungsordnung aufgenommen § 545 a lautet:

„Als Beschäftigung in einem der Versicherung unterliegenden Betrieb (§ 544 Abs. 1) gilt der mit der Beschäftigung in diesem Betriebe zusammenhängende Weg nach und von der Arbeitsstätte.“

Ein sogenannter Wegeunfall wird somit wie ein bei der Arbeit eingetretener Unfall entschädigt, sofern er eine erhebliche — jezt mindestens 20prozentige — Erwerbsbeschränkung nach sich zieht.

Die Berufsgenossenschaften haben in den letzten Jahren fortgesetzt gegen diese ihnen auferlegte Entschädigungspflicht angekämpft, mit dem Hinweis, daß ihnen dadurch sehr hohe Kosten entstehen. In der gleichen Richtung ist die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in ihrer Denkschrift „Vorschläge zur Reform der Unfallversicherung“ vom Januar 1931 und auch der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften in seiner Eingabe vom 26. Oktober 1931 an den Reichsarbeitsminister vorgestoßen. Beide Stellen forderten die Streichung des § 545 a der RVO und somit den Wegfall der Entschädigungspflicht bei Wegeunfällen.

Die Reichsregierung hat nunmehr dem Drängen der Unternehmer nicht voll entsprochen, immerhin ihm doch stark nachgegeben. In der vierten Novorderordnung vom 8. Dezember 1931, V. Teil, Kapitel 2, Abschnitt 1, sagt darüber der § 1:

„Hat bei der Entstehung eines Unfalles auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte ein Versicherten des Versicherer mitgewirkt, so kann der Schadenersatz ganz oder teilweise verpagt werden.“

Den auf dem Wege nach oder von der Arbeitsstätte verunglückten Versicherten können daher künftig erhebliche Nachteile erwachsen, einmal, weil eine große Anzahl von Wegeunfällen schwer verpaidet und somit die Betroffenen eine erhebliche Einbuße an ihrer Arbeitskraft erleiden, zum anderen, weil, sofern ihnen ein Verschulden bei dem Unfall nachgewiesen werden kann, sie eine starke Kürzung der Rente befürchten müssen. Sie werden also in solchen Fällen doppelt hart getroffen.

Um nach Möglichkeit die Behauptung, es läge ein Mitverschulden des Verunglückten vor, zu entkräften, ist dringend anzuraten, sich bei Wegeunfällen Augenzeugen, wie Arbeitskollegen, Verkehrsschlichter oder Straßenpassanten, zu sichern. Diese Zeugen werden in den meisten Fällen eine bessere Darstellung des Unfallherganges geben können als der Verunglückte selbst.

Die Berufsgenossenschaften haben vielfach schon in ihren Unfallverhütungsvorschriften Verhaltensmaßnahmen zur Abwehr von Wegeunfällen aufgenommen. Sie bestimmen im allgemeinen, daß die behördlichen Verkehrsvorschriften zu beachten und eigene Verkehrsmittel, wie Fahr- und Kraftfahrzeuge, nur in betriebssicherem Zustand zu benutzen sind. Fahrzeuge sollen nicht eher betreten oder verlassen werden, bis sie vollkommen stillstehen. Auf Fahr- oder Kraftfahrzeugen sind keine Gegenstände mitzunehmen, die die Bewegungsfreiheit und Sicherheit des Fahrers beeinträchtigen können.

Wirtschaftliches.

Storteile und Nachteile des Krämpfersystems.

Der Präsident des Landesarbeitsamts Rheinland wendet sich an die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, an die Industrie- und Handelskammern sowie an die Handwerkskammern seines Bezirks mit der Bitte, das Krämpfersystem zur Entlastung des Arbeitsmarktes in Erwägung zu ziehen. Durch eine stetige Auswechslung von Belegschaftsteilen unter Rückgriff auf bereits früher entlassene Betriebsangehörige würde ein ausreichender Facharbeiterstamm erhalten bleiben. Sozialpolitisch gewähre ein solches System einer größeren Anzahl von Personen für eine bestimmte Zeit den so notwendigen Vorkursdienst und während der Zeit des Aussehens eine, wenn auch um die Hälfte geminderte Unterstützung. Für die Praxis und die Durchführung des Krämpfersystems werden folgende Hinweise als beachtlich angesehen: „Die Durchführung des Krämpfersystems ist nur möglich für Betriebe, die mindestens 20 Personen beschäftigen und für die eine Betriebsvertretung (Arbeiterrat und Betriebsrat) besteht. Die Durchführung bedarf einer vorherigen Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung, nach der in regelmäßigen Wechsel ein Teil der Belegschaft vorübergehend die Arbeit aussetzt. Dabei soll der Wechsel in der Belegschaft nicht in größeren als monatlichen Zeitschnitten erfolgen.“ — So weit der Leiter des Landesarbeitsamts Rheinland. Wir können uns jedoch nicht damit einverstanden erklären, daß die aussetzenden Arbeiter nur die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung bekommen sollen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Verwaltungskosten der Gewerkschaften.

Je mehr sich das Elend ausbreitet, desto eher finden Legenden den Grund den Boden. Aber die Verwaltungskosten der Gewerkschaften werden manchmal die unspannigsten Gerüchte verbreitet. In Nr. 1 der „Holzarbeiter-Zeitung“ macht der Vorstand des Holzarbeiterverbandes seinen Mitgliedern davon Mitteilung, daß er sich leider gezwungen sieht, die Unterhaltungskosten herabzusetzen. Dabei wird über den Anteil der Ausgaben für Unterhaltungen und Verwaltungskosten folgendes ausgeführt:

„Nichts ist nutzloser als das geschäftige Geschwätz, daß die Mitglieder ihre Beiträge nur noch für die Zwecke der Verwaltung zahlen. Niemals zuvor ist der Anteil, den die Mitglieder unseres Verbandes von den geleisteten Beiträgen in Form von Unterhaltungen direkt wieder zurückbekommen, größer gewesen als in diesen Krisenjahren. Schon im Jahre 1928 zahlte die Hauptkassa 37 und im folgenden Jahre 61 Prozent der Beitragseinnahmen als Unterhaltungen wieder zurück. Im Jahre 1930 werden für diesen Zweck fast die gesamten Beitragseinnahmen, nämlich 99 Prozent, aufgewendet. Im Jahre 1931 überstiegen die

ausgezählten Unterstützungssummen ganz erheblich die gesamten Beitragseinnahmen.“

Wie es hier beim Holzarbeiterverband ist, so ist es auch bei anderen Gewerkschaften. Die Verwaltungsausgaben spielen im Gesamtbild eine geringe Rolle. Dagegen verschlingen die Unterhaltungen die gesamten Einnahmen, d. h. also, die Gewerkschaften opfern Einnahmen und Vermögen ihren Mitgliedern, die in Not geraten sind.

Gefährdete Arbeitergruppen bei den Wertspartassen.

In Deutschland gibt es nicht sehr viele Wertspartassen. Nur große Unternehmungen sind es, die eine solche Einrichtung geschaffen haben. Der Zweck der Wertspartassen war ein doppelter: erstens sollten die Arbeiter und Angestellten mit Hilfe derartiger Einrichtungen mit silbernen Ketten an das Unternehmen gefesselt und gewissermaßen an der finanziellen Gestaltung des Unternehmens interessiert werden, und zweitens sollten sie den Zweck haben, die Arbeiter zur Sparsamkeit anzuhalten. Die Hauptsache war aber, mit Hilfe der Wertspartassen und ähnlichen Wohlfahrtseinrichtungen die Freizügigkeit der Arbeiter und Angestellten einzuschränken. Der Zusammenbruch des Nordwollkonzerns und die Vorgänge bei Borsig haben erkennen lassen, daß die Wertspartassen durchaus keine sichere Kapitalanlage bilden. Bei Nordwolle haben die Arbeiter und Angestellten Verluste erlitten und bei Borsig ist die Sache noch ungeklärt. So bringt die Krise Klarheit über Dinge, die sonst gar nicht erörterungsfähig waren oder wenig beachtet wurden. Eine Zeitlang hat die Idee der kapitalmäßigen Beteiligung der Arbeiter an den Unternehmungen in Gestalt von Arbeiteraktien usw. eine große Rolle gespielt. Heute hört man davon wenig. Aber auch über die alten Einrichtungen, wie Wertspartassen, bricht die Krise herein. Je schlimmer sie sich ausbreitet, desto mehr Unternehmungen kommen in Gefahr, und um so größer sind die Verluste, die sich für die Wertspartassen einstellen können. Dort, wo noch Wertspartassen vorhanden sind, sollten die Wertspartassenglieder früh genug Sicherungen treffen, damit im Falle eines Zusammenbruchs die Gelder gerettet werden können. Am besten würde es aber sein, die Wertspartassen aufzulösen, denn sie waren neben den Betriebskrankenkassen, den Werkwohnungen, den Pensionskassen usw. Einrichtungen, die die Interessen der Unternehmer förderten. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß im Falle schlechten Geschäftsganges auch solche Wohlfahrtseinrichtungen kein Schutz vor Entlassungen sind.

Berichte aus den Zahlstellen.

Mielefeld. Stilllegung der Papierfabrik Mosheim in Blotho a. d. Weser. Am 11. Januar 1932 fanden unter Vorsitz des Herrn Gewerberats aus Herford Verhandlungen über die Stilllegung des genannten Betriebes statt. Wir können verstehen, wenn Herr Mosheim erklärt, daß wegen ungeheurer Zölle und infolge des Sinkens der Valuta in anderen Ländern keine Aufträge angenommen werden können. Unverständlich ist es uns aber, daß die Firma meint, der Lohn von 52 Pf. je Stunde sei noch zu hoch, und die Behauptung aufstellt, daß das Ausland auf Grund der dort niedrigeren Löhne das Papier billiger anbieten könnte. Entweder kennt Herr Mosheim die Löhne des Auslandes nicht, oder er stellt diese Behauptung wider besseres Wissen auf, um der Arbeiterchaft plausibel zu machen, daß sie noch billiger arbeiten müßte. — Aber allzu straff gespannt, zerbricht der Bogen! Das gilt auch für diesen Fall.

Zwickau. Dem Kollegen Ernst Schmidt, unserem Kassengeschäftsführer, zum Abschied! Kollege Ernst Schmidt ist nunmehr mit Erreichung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand getreten. Als sich im Jahre 1904 die Ziegeleiarbeiterchaft, die bis dahin dem Bauhilfsarbeiterverband angeschlossen war, zum Übertritt in den Fabrikarbeiterverband als für sie zuständige Organisation entschloß, wurde unsere Zahlstelle gegründet. Kollege Schmidt befand sich immer in vorderster Reihe seit Bestehen derselben. Als Funktionär und Verwaltungsmittglied war er ein pflichtbewusster Agitator unter seinen Berufskollegen. Aber auch unter der Kollegenschaft in der chemischen und in der Papierindustrie hat Kollege Schmidt seine agitatorische Kraft zur Verfügung gestellt und erfolgreich mitgewirkt. Seiner unermüdlichen, aufopfernden Tätigkeit ist der Aufstieg unserer Zahlstelle mitzuverdanken. Im Jahre 1907 war die Mitgliederzahl bereits so hoch gestiegen, daß ein Geschäftsführer angefordert werden mußte. Die Wahl desselben fiel auf den Kollegen Friedrich Kramer. Dieser fand in dem Kollegen Schmidt einen eifrigen Mitarbeiter in der Ortsverwaltung. Nach Ausbruch des Weltkrieges wurden die Reihen unserer Mitglieder so stark gelichtet, daß der Geschäftsführer, Kollege Kramer, seine bisherige Tätigkeit ehrenamtlich führen und einer anderen Erwerbstätigkeit nachgehen mußte, aus welcher er durch einen tödlich verlaufenen Unglücksfall nicht wieder zurückkehrte. Nach erfolgter Demobilisierung stieg ganz plötzlich, wie überall, auch in unserer Zahlstelle die Mitgliederzahl, so daß die Anstellung eines neuen Geschäftsführers erforderlich wurde. Die Wahl traf unseren Kollegen Ernst Schmidt. Seine Anstellung erfolgte am 1. April 1919 im Alter von 52 Jahren. Er hat in treuer Pflichterfüllung seinen Mann gestanden, soweit es seinen Kräften möglich war. Gewissenhaftes und ehrliches, im Interesse der Mitglieder und des Gesamtverbandes gezieltes Handeln war sein Leitmotiv. Die Zahlstellenleitung dankt ihm im Namen der Mitglieder für seine Mithilfe und mit dem Wunsch, daß ihm der wohlverdiente Ruhestand recht lange Jahre vergönnt sein möge! Dies ist der beste Wunsch, der einem allzeit anfrichtigen Kollegen und Mitarbeiter gebührt. Die Zahlstelle hat Kollegen Schmidt die ehrenamtliche Führung des 1. Belegschaftsteiles übertragen. — Der Hauptvorstand schließt sich dem Dank der Zahlstelle an und begrüßt freudig die weitere ehrenamtliche Mitwirkung des Kollegen Schmidt.

Rundschau.

Die Landbauarbeiter fordern Lohnabbau.

Der Reichslandarbeiterbund, der von den landwirtschaftlichen Arbeitgebern ausgehaltene wirtschaftsfriedliche Landarbeiterbewegung, fordert in einer Eingabe an den Reichspräsidenten, abgedruckt in Nummer 24 des „Reichslandarbeiterbandes“ vom 20. Dezember, unter anderem:

„Es ist daher in höchstem Maße sozial, wenn versucht wird, Löhne und Gehälter aller Art zunächst einmal auf den Stand der Vorkriegszeit zurückzuführen. Es ist zu verlangen, daß die Schlichter angewiesen werden, in ihren Schiedssprüchen mit aller Energie auf dieses Ziel hinzuwirken.“

Die Eingabe ist unterzeichnet: Der Bundesvorstand des Reichslandarbeiterbundes: Johannes Wolf (MDA), Wagner, Hitz (MDE), Weibling, Förster, Fischer, Dabrunz.

Es wird behauptet, auf einer Tagung der „Grünen Front“ hätte sich ein Großgärtner über die Eingabe des Reichslandarbeiterbundes kaputt gelacht.

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das 4. Quartal haben eingelaufen.

Gau 1: Fürstberg, Gr.-Hänslingen, Gr.-Rhaden, Münden, Straußberg, Hannover, Osnabrück, Minden, Düsselshöhe, Waldbrunn, Celle, Einbeck, Hameln, Bramsche, Goslar, Osterode, Peine, Schöden, Stadthagen, Hildesheim, Stadtholendorf, Deimold.

Gau 2: Bismark, Bernburg, Elsterwerda, Calbe, Burg, Bessen, Königsutter, Seehausen, Heilstedt, Köpke, Roswig, Köthen, Stendal, Magdeburg, Staßfurt, Elbingerode, Harzgerode, Hordorf, Preftin, Halle, Bitterfeld, Neubaldensleben, Dessau, Halberstadt, Schönebeck, Genthin, Salzwedel, Schöningen.

Gau 3: Brandenburg, Klausdorf, Luckenwalde, Pötsdam, Rüdersdorf, Schwiebus, Wittenberge, Arnswalde, Gransee, Müchberg, Nauen, Gr.-Bessen, Kottbus, Neuruppin, Oderberg, Dranienburg, Schneidemühl, Storkow, Treuenbrießen, Töpchin, Trebbin, Frankfurt (Oder), Velten, Baruth, Finow, Freienwalde, Havelberg, Rathenow, Perleberg, Schönlanke, Berlin.

Gau 4: Brühl, Lütz, Greifenberg, Güstrow, Jarmen, Körlin, Lauenburg, Lebbin, Plathe, Pyritz, Rostock, Schwaan, Wismar, Fürstberg, Grevesmühl, Kammin, Neubrandenburg, Stargard, Teterow, Wolgast, Warth, Dramberg, Friedland, Schwerin, Warmemünde, Wismar, Straalsund, Stettin, Wismitz, Goldberg, Köslin.

Gau 5: Tilsit, Wormditt, Allenstein, Elbing, Königsberg.

Gau 6: Münsterburg, Glatz, Breslau, Ratibor, Hirschberg, Glogau, Bunzlau, Rauscha, Görlitz, Waldenburg.

Gau 7: Weichselburg, Großenhain, Lausick, Riesa, Schkeuditz, Schwepnitz, Strehla, Zwickau, Freiberg, Chemnitz, Döbeln, Heidenau, Wurzen, Annaberg, Zittau, Leipzig, Ottendorf-Okrilla, Bautzen, Meißen, Radeberg, Sebnitz, Dresden.

Gau 8: Lannroda, Weicherode, Breitenstein, Greußen, Stadtlengsfeld, Wallhausen, Waltershausen, Niedersachswerfen, Roda, Treffurt, Immenau, Altenburg, Gräfenroda, Eisenberg, Zeitz, Lützen, Blankenhain, Erfurt, Jena, Könnitz, Salzung, Wötha, Kahla, Kahlhütte, Mülla, Merseburg.

Gau 9: Utschaffenburg, Selb-Plößberg, Wiesau, Windheim, Karlstadt, Windsheim, Fürth, Neumarkt, Selb, Arzberg, Hirschau, Lohr, Rehau, Rothenburg, Nürnberg.

Gau 10: Landshut, Mainburg, Miesbach, Bruckmühl, Fleck, Omd, Moosburg, Neuburg, Schellenberg, Türkheim, Marienberg, Zwiesel, Kempten, Deggendorf, Alttöding, Freising, Lenting.

Gau 11: Freudenstadt, Dürthheim, Ehlingen, Stuttgart, Singen, Göppingen, Heilbronn.

Gau 12: Kaiserslautern, Ladenburg, Ludwigshafen, Rheinmünster, Eisenberg, Heidelberg.

Gau 13: Darmstadt, Hanau, Höchst, Fulda.

Gau 14: Kreuznach, Krefeld, Leverkusen, Wendorf, Bonn, Andernach, Gümmerbach, Köln, Oech.

Gau 15: Glöckstadt, Marne, Radeburg, Brunsbüttelkoog, Wesermünde, Oldenburg, Scharrel, Bremen, Lüneburg, Delmenhorst, Lüneburg, Igehoe, Brake, Elsfleth, Papenburg, Kiel, Harburg.

Gau 16: Bochum, Dahlhausen, Fröndenberg, Lünen, Raureil, Recklinghausen, Wuppertal, Bredelar, Düsseldorf, Essen.

Bewerbungen zu den Schulungskursen in Wennigsen.

Infolge der Ausschreibung für die Schulungskurse in Wennigsen im ersten Halbjahr 1932 haben sich 476 Kolleginnen und Kollegen beworben. Da wir nur 216 Plätze zur Verfügung haben, konnte nicht einmal die Hälfte der Bewerber Berücksichtigung finden. Für den einzelnen ist das bedauerlich, von anderen Gesichtspunkten aus betrachtet aber ein erfreuliches Zeichen, daß trotz der schweren Zeit so viel Lern-eifer, Kraft und Begeisterung in der Mitgliedschaft zu verzeichnen ist.

Alle Bewerber, die nicht berücksichtigt werden konnten haben die Möglichkeit, sich bei der nächsten Ausschreibung erneut zu bewerben. Der Vorstand.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 1 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Dessau: Karl Jarzembowski, Mitgl.-Nr. 440 926; Freiberg: in Sachen: Richard Fischer, Mitgl.-Nr. 377 091, Hans Meusel, Mitgl.-Nr. 1 007 780; Lohr am Main: Fritz Hopp, Mitgl.-Nr. 983 395; Regensburg: Willi Roll, Mitgl.-Nr. P 105 544, Ludwig Wolf, Mitgl.-Nr. 987 409; W i s s e l h o p e d e: Richard Ranzau, Mitgl.-Nr. 36 320, Paul Grohowsky, Mitgl.-Nr. 542 839; W i s m a r: Heinrich Jenßen, Mitgl.-Nr. 191 874.

Literarisches.

Gewerkschaftliche Ferientouren 1932. Die Kultur-Abteilung des DGB, Ortsansatz Leipzig, veranstaltet in Gemeinschaft mit den Ortsausstellungen Berlin und Chemnitz seit Jahren gemeinschaftliche Ferientouren für Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie deren Angehörige. Trotz der schweren Zeit wird auch im Jahre 1932 diese Kulturarbeit nicht eingestellt. Viele Arbeitnehmer haben gerade jetzt den Wunsch, außerhalb des täglichen Lebenskreises Erholung und Anregung durch eine Reise zu finden. Ein gut ausgestatteter Reiseprospekt wird gegen Einzahlung von 40 Pf., die bei Teilnahme an einer Reise gutgeschrieben werden, von der Verlags-gesellschaft des DGB, Berlin S 14, Inseffr. 6a, portofrei zugesandt.

„Bücherkreis“ legt Verkaufspreise herab. Unser Verlag „Der Bücherkreis“, G. m. b. H., hat die Buchhandelspreise seiner sämtlichen Werke von 4,80 auf 4,30 Mk. herabgesetzt. Die Leistungen unseres „Bücherkreises“ sind in den letzten drei Jahren was Ausstattung und Umfang seiner Bücher anbelangt, wesentlich gesteigert worden. Die Mitgliedschaft in der Buchgenossenschaft „Der Bücherkreis“, G. m. b. H., Berlin SW 61, Durch-Alliance-Platz 7, fördert jedermann weitere erhebliche Vorteile. Prospekte sind durch alle Zahlstellen des Bücherkreises sowie in den Volkshandlungen oder direkt kostenlos erhältlich.

DER GROSSE BROCKHAUS

Handbuch des Wissens in 20 Bänden

Jetzt zur Hälfte vollendet

Auf Wunsch kleine Monatsraten

Das Werk kann bandweise nach und nach bezogen werden

Günstige Umtauschbedingungen

Über 200 000 Stichwörter
42 000 Abbildungen
220 Hauptkarten u. Stadtpläne

Zuverlässig
Objektiv
Allgemeinverständlich

„... Wenn alle Werte sinken, alle Valuten enttäuschen, der Wert dieses Monumentalwerkes bleibt...“

Sonntagsblatt, Budapest

F. A. BROCKHAUS · LEIPZIG

Der Unterzeichnete bittet um unverbindliche Zusendung des Probeheftes „Der Große Brockhaus neu von A-Z“

Name u. Ort: _____

Straße: _____

Chemische Industrie

Die Bedaugesellschaft biedert sich bei den Gewerkschaften an.

Uns ist ein Schriftstück der Bedaugesellschaft zugegangen mit der Überschrift „Zusammenhang zwischen gewerkschaftlicher Betriebs- und Rationalisierungspolitik und dem Bedaugesystem“. In dem Schriftstück wird versucht, nachzuweisen, daß die Bedaugesellschaft eigentlich nur gewerkschaftliche Ziele verfolgt bzw. stützt. Wir müssen uns den wörtlichen Ausdruck dieser Werbeschrift der Bedaugesellschaft leider versagen, da sie acht enggeschriebene Schreibmaschinenseiten umfaßt. Der Inhalt des Schriftstücks zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil behandelt „Die Lohn- und Arbeiterpolitik unter Bedaug“, der zweite Teil „Die betriebspolitische Auswirkung des Bedaugesystems“.

Im ersten Teil wird unter Ziffer 1 die „Lohn-gerechtigkeit“ herausgestellt. Es heißt dort:

„Der Arbeiter wird unbeeinträchtigt durch Vorgesetztenwillkür nach Leistung bezahlt. Die Leistungsnorm ist definitiv, wodurch für den Arbeiter Schwankungen und Unsicherheiten durch Akkordänderungen ausgeschaltet sind. Damit ist eine alle Gewerkschaftsforderung, nämlich die Freigabe der Akkorde selbst bei großen Überverdiensten, erfüllt.“

Wir haben wiederholt feststellen müssen, daß die Leistungs-norm bei Bedaug auch ohne Betriebsänderung beweglich ist, abgesehen davon, daß die Leistungsnorm nicht durch Messungen, sondern ganz willkürlich durch die Bedaugesellschaft festgesetzt wird.

Unter Ziffer 2 heißt es: „Betrieblicher Lohn-schutz“. Dort wird ausgeführt:

„Der garantierte Mindestverdienst für eine Arbeitsleistung bis 60 B hat eine schützende Funktion, denn er wird auch bezahlt, wenn diese Leistung nicht erreicht wird. Der Arbeiter bekommt also unter allen Umständen sein Existenzminimum gesichert. Bei Arbeitsumstellung und Wechsel der Produktion trägt bei Bedaug nicht der Arbeiter, sondern die Firma den Schaden. Das bedeutet für den Arbeiter einen psychischen Rückhalt, denn er hat das Bewußtsein, selbst bei vorübergehender Mindereistung einen gesicherten Verdienst zu haben. Die Gewerkschaften haben sich gegen die Begrenzung der Überverdienste nach oben und gegen unbegrenzte Untererdienste gemandt. Die Bedaugesellschaft erfüllt also eine alle gewerkschaftliche Forderung, der bisher kein deutliches Entlohnungssystem Rechnung getragen hat. Das Bedaugesystem erfüllt also den Charakter eines Soziallohnes.“

Wir haben aus der Praxis viele Fälle anführen können, daß eine Lohnsicherung bei Bedaug nicht existiert.

In Ziffer 3 heißt es: „Schutz gegen arbeits-physiologische Selbstausbeute“. Darunter wird angeführt, daß

„die Gefahr einer Selbstausbeutung der Arbeiter in unvernünftiger Weise über die Grenzen seiner eigenen physischen Leistungsfähigkeit ausgeschaltet ist, weil beim Bedaugesystem die Überverdienste nicht freigegeben sind, wenn 80 B überschritten werden. 60 B sind nach Bedaug zwar Normalleistungen, die Arbeiter können aber ohne Überanstrengung 80 B erreichen. Erst bei Überschreitung von 80 B soll eine Überanstrengung der Arbeiter eintreten. (Diese wunderliche Wissenschaft ist rein empirisch auf Grund von Betriebsversuchen der Bedaugesellschaft festgestellt.) Aber die Grenze von 80 B läßt der Anreiz zur Mehrleistung nach. Auch darin erblickt die Bedaugesellschaft die Erfüllung einer alten gewerkschaftlichen Forderung.“

In der Praxis wird die Arbeitsleistung unter Bedaug über 80 B hinaufgepeitscht. War dies erreicht, so wurden wiederholt Abzüge ohne Umstellung des Arbeitsprozesses vorgenommen.

Ziffer 4 erwähnt die „hohen Löhne“.

Wir brauchen auf den Inhalt dieser Ziffer nicht einzugehen. Fest steht, daß beim Bedaugesystem die Löhne der im Betrieb verbliebenen Arbeiter im Durchschnitt etwas steigen. Dagegen ist in allen Fällen vorher rund ein Drittel aller Arbeiter auf Straßensplaster geflossen, wobei man selbstverständlich die minderleistungsfähigen herausuchte, um ihnen den garantierten Lohn nicht zahlen zu brauchen. Die im Betrieb verbliebenen zwei Drittel der früheren Zahl Arbeiter wurden aber durch Anschlagblätter und Antreiberei der Vorgesetzten unter steter Sorge kommender Arbeitslosigkeit aufgepeitscht, weit über die Gesamtleistung des Betriebes hinauszugehen. Unter dieser Ziffer wagt es die Bedaugesellschaft nicht, diese Tatsache als Erfüllung einer gewerkschaftlichen Forderung anzugeben. Sie sagt aber, daß diese Lohnpolitik von höchster Bedeutung für die Gewerkschaften ist, denn die Bedaugbetriebe stellen Wegbereiter für hohe Löhne dar.

Unter Ziffer 5 wird über „Arbeitsphysiologie und Entlohnung“ gesprochen:

„Durch Kombination der Zeitwerte mit den Ermüdungswerten will Bedaug den menschlichen Bedingungen Rechnung tragen. Er geht nicht schematisch von der Arbeitszeit, auch nicht von der Leistungsfähigkeit der Maschine aus, sondern vom Menschen. Er untersucht die physiologischen Bedingungen der Arbeit, den Grad der aufzuwendenden Energie, die Größe der Ermüdung und der notwendigen Erholung.“

Die Gewerkschaften haben seit jeher gefordert, daß man bei den Zeitstudien auf den Menschen und auf die menschlichen Bedingungen innerhalb der Arbeit Rücksicht nehmen müsse. Da Bedaug das tut, hat er die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllt.“

Weiter kann die Unaufrichtigkeit nicht mehr getrieben werden. Wir haben in vielen Fällen nachweisen können, daß Bedaug die Zeitwerte willkürlich abändert. Ermüdungs- und Geschwindigkeitfaktoren werden ohne jede wissenschaftliche Grundlage geschätzt, wodurch die B-Werte, die Grundlage der Entlohnung sind, zum Schaden der Arbeiter nach reinen Ausbeutungsergebnissen festgesetzt worden sind. Daß dieses System gewerkschaftliche Forderungen erfüllt, kann man nur Säuglingen vorreden.

Unter Ziffer 6 „Produktivierung statt Intensivierung der Arbeit“ wird gesagt, daß die Bedauganalyse den versteckten Leerlauf aufdeckt. Es werden also nicht höhere Leistungsergebnisse vom Arbeiter angestrebt, die Höherleistung soll bei Bedaug einfach durch Ausschaltung des Leerlaufs ein-

treten. Auch damit sollen gewerkschaftliche Forderungen und Anschauungen erfüllt sein. Es erübrigt sich, darauf einzugehen, nachdem wir hundertfältig festgestellt haben, daß beim Bedaugesystem die Arbeiter zu Höchstleistungen aufgepeitscht werden, weil sie bei Nichterfüllung des Bedaugpensums mit der Brotlosmachung zu rechnen haben.

In Ziffer 7 versucht die Bedaugesellschaft es so darzustellen, als ob der Arbeiter durch das Bedaugesystem am Rationalisierungsgewinn teilnehme. Es wird dann gesagt, daß die Gewerkschaften einsehen, daß Bedaug hier das Richtige getroffen hat. Der Anteil der Arbeiter am Rationalisierungsgewinn durch das Bedaugesystem besteht darin, daß sie ihre Arbeitskraft in wenigen Jahren zugrunde richten dürfen und für jede Überarbeit über 60 B-Werte hinaus mit einem Abzug von 25 Prozent ihres Verdienstes bestraft werden.

Wir kommen nun zum zweiten Teil des Bedaugeschen Liebeswerbens um die Gunst der Gewerkschaften, zur „Betriebspolitischen Auswirkung des Bedaugesystems“. Ziffer 1 lautet „Versachlichung der Betriebsbeziehungen“:

Den kommunistischen Verleumdern.

Gott gab ihnen* einen Mund,
Weil zwei Mäuler ungesund.
Mit dem einen Maule schon
Schwätzt zuviel der Erdensohn.
Wenn er doppelmäulig war,
Fräß und lög er auch noch mehr.
Hat er jetzt das Maul voll Brei,
Muß er schweigen unterdessen,
Hätt er aber Mäuler zwei,
Löge er sogar beim Fressen.

Heinrich Heine.

* Statt „ihnen“ heißt es bei Heine „uns nur“.

„Bei Bedaug bedeuten das Analysis-Blatt und die Arbeitswerte die einzige Grundlage für die Beziehungen zwischen Betriebsangehörigen, Vorgesetzten und Angestellten. (Nach dieser Auffassung scheinen Vorgesetzte und Angestellte keine Betriebsangehörigen zu sein.) Es gelten nicht persönliche Meinung, persönliche Willkür und gelten nicht Sympathie und Antipathie, sondern allein die objektiven Leistungswerte. Ungerechtigkeit in der Behandlung, Benachteiligung des misliebigen Arbeiters durch die unmittelbaren Vorgesetzten sind daher ausgeschlossen. Die Spannungen im Betriebe werden beseitigt. In die Betriebsbeziehungen kommt ein ruhiger und sachlicher Zug, der reinigend auf die Betriebsatmosphäre wirkt.“

Die Gewerkschaften treten, soweit sie sich für betriebspolitische Fragen interessieren, für eine Ausschaltung persönlicher Willkür im Betriebsleben ein. Es läßt sich daher auch hier eine Parallele mit den Gewerkschaften ziehen.“

Solche Angaben reizen zum Lachen. Es steht fest, daß gerade durch das Bedaugesystem Spannungen zwischen den Arbeitern und den Vorgesetzten entstehen, die jedes Vertrauen untergraben. Das Bedaugesystem gibt schriftliche Anweisungen, die Heß- und Antreibearbeit verrichten die Vorgesetzten. (Fortsetzung folgt.)

Die Kaliindustrie im Jahre 1931.

Wenn die Kaliindustrie im Krisenjahr 1930 ihre Position auf dem Weltmarkt immer noch behaupten konnte, war das im Jahre 1931 nicht mehr der Fall. Der Absatz ist von 13 562 875 Doppelzentner Reinkali im Jahre 1930 auf 9 638 199 Doppelzentner = 28,9 Prozent zurückgegangen. Hauptsächlich ist hiervon der Auslandsabsatz betroffen. Der Inlandsverbrauch ging nur um etwa 15 Prozent zurück.

Im Steinsalzgeschäft ist nach dem Bericht der Gebr.-Dammann-Bank das vorjährige Ergebnis sowohl mengen- als auch wertmäßig ungefähr wieder erreicht. Dagegen ist gleichzeitig ein Rückgang in den syndizierten Nebenprodukten, wie Brom, Chlormagnesium und Bittersalz, zu verzeichnen.

Der Sarbad-Konzern hat dafür einen Ausgleich in seiner gesteigerten Ölproduktion gefunden. Angeblich werden aus dem Volkenrodaschacht durchschnittlich 300 Tonnen Öl je Tag im Werte von etwa 23 000 Mark gefördert. Die übrigen Kalikonzerne, die ebenfalls die Bohrungen nach Öl vorgenommen haben, können noch nicht von irgendwelchen Erfolgen berichten. Dies trifft namentlich für den Wintershall-Konzern zu, der die größten Anstrengungen macht, um auch auf dem Gebiete der Erdölindustrie führend zu werden. Dieser Konzern hat von der Raky-AG die anschlagegebende Beteiligung an der Gewerkschaft Nienhagen erworben und ist außerdem mit dieser Firma einen 10jährigen Pachtvertrag mit der Raffinerie Dr. Lepenau & Co. in Salzbergen eingegangen. Vorher hatte sich Wintershall schon mit 30 Prozent an der Gewerkschaft Elwerath beteiligt und jetzt in Gemeinschaft mit der Preussag in der unmittelbaren Nähe von Hannover, in Nisburg, am Mittellandkanal eine große Erdölraffinerie errichtet. Die Bestrebungen, innerhalb der deutschen Kaliindustrie die gesamten Erdölinteressen der deutschen Kaliindustrie zusammenzufassen, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Dagegen scheint auf dem Gebiete der Mischdünger-fabrikation eine Verständigung erzielt worden zu sein. Wintershall will nämlich in seiner Mischdüngersfabrik in Sondershausen für die Zukunft nur noch Kalisalpefer herstellen, so daß eine Konkurrenz mit der J.-G. Farbenindustrie, AG., in bezug auf Nitrophoska nicht mehr in Frage kommt.

Infolge des Absatzrückganges mußten auf den Werken sehr viele Feierschichten eingelegt werden. Nur wenige Werke haben voll gearbeitet. In vielen Werken wurde nur an drei Tagen gearbeitet. Vielfach ist es auch zu Betriebsstilllegungen gekommen. Stillgelegt wurde die Kaliproduktion auf den Werken Bernterode, Bismarckshall, Westeregeln, Albers-

leben, Siegmundshall, Friedrichshall und Alexandershall. Außerdem waren die Werke Ronnenberg I und Kofleben vorübergehend stillgelegt. In den zuletzt genannten beiden Werken wurde jedoch der Betrieb vor einigen Monaten wieder aufgenommen. Infolge des Absatzrückganges ist auch ein erheblicher Rückgang der Arbeiterzahlen zu verzeichnen. Während Anfang des Monats Januar 1931 die Gesamtbelegschaft auf den Kaliwerken, also einschließlich der Arbeiter in den Nebenbetrieben, noch 17 465 betrug, ist die Zahl bis Ende September auf 12 897 zurückgegangen. Gegen Ende des Jahres 1931 dürften demnach, schätzungsweise, nur noch 12 500 Arbeiter auf den Werken beschäftigt gewesen sein.

In der elsässischen Kaliindustrie lagen die Verhältnisse infolge der verschlechterten Absatzlage ungefähr im gleichen Verhältnis wie bei uns. Auch dort mußten Feierschichten eingelegt und Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. Die Zusammenarbeit in der elsässischen Industrie bezüglich des Absatzes auf den Auslandsmärkten ist reibungslos verlaufen.

Die polnische Kaliindustrie hat sich im vergangenen Jahre vielfach mit Preisunterschieden, hauptsächlich in Holland und Skandinavien, bemerkbar gemacht. Die polnische Kaliproduktion beträgt ungefähr 350 000 Doppelzentner Reinkali. Diese Produktion reicht für den eigenen Bedarf Polens gar nicht aus. Die Ausfuhr geschieht ledig-lich zu dem Zweck, ausländische Devisen hereinzubekommen.

Die spanische Kaliindustrie hatte im Zusammenhang mit den politischen Umwälzungen einen Streik, der sich über die Zeit von zwei Monaten erstreckte. Dort ist nur ein Schacht bei Suria in Betrieb. Der zweite Schacht bei Cadorna ist zwar fertiggestellt, hat aber die Kaliförderung noch nicht aufgenommen.

Ebenso verhält es sich in der russischen Kaliindustrie, auch dort kommen die Arbeiten nur langsam voran. Die beiden bei Solikamsk niedergebrachten Schächte werden nach einer Mitteilungs aus der russischen Zeitung „Prawda“ die reguläre Förderung erst im Herbst 1932 aufnehmen können. Die noch im Bau befindliche Fabrik soll vorläufig für eine Jahresleistung von 1,5 Millionen Doppelzentner Rohsalz eingerichtet werden. Es sind jedoch noch zwei Schachtanlagen bei Solikamsk sowie zwei Doppelschächte bei Beresnicki, etwa 30 Kilometer südlich von Solikamsk, in Angriff genommen. Bis zum Erscheinen von russischen Kalisalzen auf dem Weltmarkt wird wohl aber noch eine geraume Zeit vergehen.

Für die deutsche Kaliindustrie hebt der Bericht der Gebr.-Dammann-Bank hervor, daß zu einer pessimistischen Beurteilung der weiteren Entwicklung kein Grund vorliegt, da die Kaliindustrie als eine der innerlich gesundesten Industrien gelten kann. Der Rückgang in der Absatzentwicklung beruht auf den ganz außergewöhnlichen Verhältnissen des vergangenen Jahres und der dadurch hervorgerufenen Einsparungspsychose, von der angenommen werden muß, daß sie bald einer besseren Erkenntnis weichen wird.

Neufestsetzung der Kalipreise für das Inland.

Der Vorsitzende des Reichskaliwerks macht auf Grund der vierden Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen die neuen Inlandspreise für Kalisalze bekannt. Dieselben treten am 1. Januar 1932 in Kraft und betragen für

Karnallit mit mindestens 9 v. H. und weniger als 12 v. H. K ₂ O in gemahlenem Zustand	8,70
Für Karnallit, der zu anderen als zu Düngezwecken mit dem Verbot der Weiterverarbeitung auf andere Produkte abgegeben wird, tritt ein Preisaufschlag von 30 v. H. ein.	
Karnallitbadesalz (Stabasa) im Kleinhandel in Originalpackungen des Deutschen Kalisindikats für eine 4-Kilogramm-Packung	0,90
für eine 2-Kilogramm-Packung	0,58½
und für einen Originalack des Deutschen Kalisindikats mit 50 Kilogramm Inhalt	5,40
Rohsalze mit 12 bis 15 v. H. K ₂ O in gemahlenem Zustand	9,75
Düngesalze mit 18 bis 22 v. H. K ₂ O	13,68
Düngesalze mit 28 bis 32 v. H. K ₂ O	16,16
Düngesalze mit 38 bis 42 v. H. K ₂ O	16,99
Chloralkalium mit 50 bis 60 v. H. K ₂ O	24,30
Chloralkalium mit über 60 v. H. K ₂ O	26,10
Schwefelkalis Kali mit über 42 v. H. K ₂ O	28,13
Schwefelkalis Kalimagnesia für 1 v. H. Kali (K ₂ O) im Doppelzentner.	25,97

Für die Herstellung von doppeltgereinigtem und gemischt reinem Chloralkalium mit über 60 v. H. K₂O tritt ein Aufschlag von 18 RM für den Doppelzentner K₂O, von doppeltgereinigtem und gemischt reinem schwefelkalis Kali ein Aufschlag von 22,50 RM für den Doppelzentner K₂O ein.

Das mitteldeutsche Braunkohlensyndikat aufgelöst.

Der Reichswirtschaftsminister hat auf Grund der Rofverordnung vom 26. Juli 1930 am 31. Dezember 1931 eine Verordnung erlassen, wonach der Vertrag des mitteldeutschen Braunkohlensyndikats mit Wirkung vom 20. Januar 1932 für nichtig erklärt wird.

Die Gründe für die Auflösung des Syndikats sind hauptsächlich in der unhaltbar gewordenen Preispolitik zu suchen. Der mitteldeutsche Syndikatsvertrag war nicht so scharf umrissen wie bei den anderen Kohlensyndikaten. Der Absatz der einzelnen Werke war nicht quotenmäßig aufgeteilt. Dadurch haben die verschiedenen Werksbündelgesellschaften durch Umgehung der Kartellpreisbestimmungen ihren Werken zusätzliche Aufträge zu verschaffen gesucht. Die Preisdrückerei trat hauptsächlich bei dem Landabsatz in Erscheinung, welcher in letzter Zeit einen ziemlich starken Umfang angenommen hat. Dadurch fühlten sich die freien Kohlenhändler geschädigt und sind deshalb wiederholt beim Reichswirtschaftsminister vorstellig geworden. Das Reichswirtschaftsministerium als aufsichtsführendes Organ der Kohlenwirtschaft hat den Syndikatsvertrag beanstandet, da derselbe nicht den Vorschriften des Reichskohlen-gesetzes entsprach. Zur Unterbindung der Konkurrenz hatte das Reichswirtschaftsministerium von den Braunkohlensyndikaten eine andere Vertragsform verlangt. Nach den bestehenden Vorschriften gehören zur Aufhebung des alten Vertrages 90 Prozent der Stimmen. Bei der Abstimmung erklärten sich jedoch nur 69 Prozent für den neuen Vertrag. Da sich die streitenden Braunkohlensyndikaten bei dem Kampf um die Quoten nicht einigen konnten, hat der Reichswirtschaftsminister das Syndikat aufgelöst.

Wenn bis zum 20. Januar der neue Syndikatsvertrag, welcher dem Reichskohlenrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden muß, nicht zustande kommt, kann der Reichswirtschaftsminister nach den Bestimmungen des Kohlenwirtschaftsgesetzes ein Zwangssyndikat errichten.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Anilin

3. Fortsetzung.

Jetzt erst sah sie, warum die Arbeiter so um die Wette gelaufen waren. In einer langen Reihe standen sie vor den Schaltern der Menageküche, langsam schoben sie sich an dieselben heran, bis die letzten ans Essen kamen, war die Hälfte der Mittagspause herum; kein Wunder, denn jeder zuerst da sein wollte. Die neuen Arbeiter von heute morgen waren auch alle da und sahen ebenso verdreht und verschmüht aus wie Peter und Stephan.

Im Schalter empfingen sie dann einen Kumpen voll Nudelsuppe mit Rindfleisch aus Plachmeister Jürgens vorzüglicher Menage und begaben sich damit in den Speisesaal. Derselbe war dicht gefüllt mit lärmenden, suppellofenden Arbeitern. Alle Tische und Bänke waren besetzt. Die Neuen wurden mit lautem Hallo empfangen. Peter Gohler stand da mit dem heißen Kumpen in der Hand und sah sich nach einem Platz um.

Auf einmal rief und winkte es von einem der hinteren Tische: „Hierher — Kolleg — hierher!“ Zu seiner Freude erblickte er den alten Schorsch; denn er war es, der ihm zurief. „Gell, ich hatt recht, du hast Arbeit kriegt bei uns“, sagte er lachend und kauend, als Peter mit seinem Kumpen auf ihn zukam.

„He — macht einmal Platz da, das ist ein Landsmann von mir!“ erklärte er den anderen stolz.

Alle rückten sofort zusammen. Man sah, der alte Schorsch galt etwas bei seinen Kollegen. Sie machten Wige, fragten, was der Plachmeister gesagt habe, und machten sich lustig über den „Querschannes“. Einer äffte seine Stimme nach und deklamierte: „Leichte Arbeit, alle Sonnabend-Geld, eine vorzügliche Menage, meine Hunde treffen auch davon!“ Wiederndes Gelächter folgte den Worten des Wighalbes.

Peter Gohler genierte sich, der ganze Appetit war ihm vergangen angesichts seiner verpappeten, verschwitzten, verkrusteten Arbeitskollegen. Viele hatten sich nicht einmal die Hände gewaschen und mit ihren gelben, roten, grünen, blauen Fingern Löffel und Kumpen verschmiert; einige saßen die Suppe direkt aus dem Kumpen.

Und wie sah erst der alte Schorsch aus! Sein rundes Vollmondgesicht war total mit Farbe verkleistert, glänzte und spiegelte wie ein buntesmaltes, rundes, beleuchtetes Kinderlampen bei einem Jackelzug. Mit den verschmühten Händen schob er ganze Brocken fettes Rindfleisch in den Mund und kauete, daß ihm das Fett von den Mundwinkeln tropfte. In seinem rotviolettten Schnurrbart klebten die breiten Gemüsenudeln in ebenfalls rotvioletter Farbe.

„Schorsch, püße deinen Suppenfräser besser ab“, rief ihm einer von Nebenisch zu.

„Galt's Maul, du Kohldämpfer!“ quifferte er mit einem meckernden Wiehern.

Seine Beine hatte er sich mit alten Prestfächern umwickelt, die Holzschuhe runderum mit Blech beschlagen, um den Hals mehrere Stränge Putzwolle geschlungen, so daß er ansah wie ein maskierter Clown.

„Na, Kolleg, gefällt es dir?“ erkundigte er sich. Peter schaute mit den Schultern und sagte nichts.

„Oh gewöhnlich es schon“, fuhr er fort. „Wenn es erst auch ein bißchen schwer fällt, man bekommt heutzutage nirgends etwas geschickt.“ Und als er bemerkte, daß seinem Landsmann das Essen nicht sonderlich schmeckte, ermunterte er ihn: „Als die Auge zugebrückt und cunauer mit. Dem Mäge is egal, wenn er nur ooll ist!“

Dann leckte er seinen Löffel sorgfältig ab, nahm seinen Kumpen und sagte im Aufstehen: „Es ist Zeit, Peter, vor dem Tore warten wir heute abend aufeinander.“

Nach und nach erhoben sich alle, stellten ihre Kumpen an Ort und Stelle und gingen, im Gegensatz zu vorher, gemächlich an ihre Arbeitsplätze zurück. Peter Gohler kam hungriger an seine Arbeit zurück, als er wegging.

„Jetzt passen wir besser auf, damit es nicht so staubt“, sagte Stephan, und begann erneut mit dem Füllen. Dieser gute Vorsatz nähete jedoch nicht viel. Der trockene Farbstaub hatte die Eigenschaften, bei der leisesten Erschütterung seine feingemahlten Staubpartikelchen in die Luft zu schleudern. Langsam schlichen die Stunden dahin. Der Anseher Eberding kam und schanzte Peter mächtig an, weil er gerade eine Schaufel voll Farbstoff daneben-gesetzt hatte.

„Sie Tollpatsch, ich schicke Sie auf den Hof zurück, wenn Sie nicht besser arbeiten“, schrie er und zog scheltend und polternd ab. Dieser Mann schien die Geißel des ganzen Farbenlagers zu sein. Aus der Verladehalle heranz, vom Packraum her, vom zweiten Stock der Füllerei, kurz von überall her hörte man seine schrillende Geigenstimme in allen möglichen Variationen. Bisweilen geriet er förmlich in eine wütende Ekstase, nichts konnte ihn recht gemacht werden, jede Kleinigkeit wurde gerügt und bescholten. Keiner arbeitete ihm schnell und gut genug. Die Fliege an der Wand ärgerte diesen Mann.

Dabei war er gar nicht der starke Mann, den er markierte. Er war wohl breitschulterig gebaut, aber zu mager. Die Beine waren spindelbarr, die Wangen dünn wie ein Lineal, die Augen mit dem seltsamen Blick quollen etwas hervor und glöhten wie die einer Gule. Der schäbige Stoppelbart, der mit einigen spärlichen, verzottelten Schmelzhaaren auch das Kinn bedeckte und vom Schimpern beständig leicht befeuchtet war, sowie die spitze Bleistift-nase erinnerten an den Kopf eines Hühners. Seine Beine saßen wie zwei abgebeulte Hornnieren im Unterkörper. Manahmal ting er Wickelgamaschen, weshalb keine Arbeiter behaupteten, er würde seine Stecken ein, damit ihm die Hasen nicht daran kagen könnten.

Er hielt sich für die wichtigste und zuverlässigste Person in der Fabrik und war auch zweifellos einer der besten Arbeiter. Darum stand er ausgezeichnet beim technischen Direktor. Die Arbeiter galten ihm nichts, er behandelte sie einfach schiefel. Nur einige seiner Landsleute waren seine Liebhaber, weil sie ihm mit Eiern, Butter und Viehstich auch ab und zu mit einer Gans aufwarteten. Die übrigen Arbeiter und Vorarbeiter waren ihm so abel gefahrt wie er ihnen, und mancher ledige, junge Mann bedachte ihn mit einem Trecht Prängel.

Peter Gohler wollte, diesen Menschen würde er nie leiden können, ihm niemals Fortwachen entgegenbringen. Er und Stephan waren herzlich froh, als das Signal zum Arbeitsbeginn ertönte. Das Holzschuhknarren war sehr schön, aber als am Montag beide heimwärts ihre Arbeit und begaben sich ins Badhaus, wo sie mit einem Geißel und Geißel empfangen wurden wie in einer Jahrmarktstraße. Die Leute trichen es geradezu toll, Wige floßen, schältenes Gelächter folgte, jeder war möglicher Schadenbruch wurde geschrieben. Einer drückte den anderen nach, drehte dem Nachbar das warme Wasser in, wechselte die Schabe aus, dabei wurde gelacht, geschrien, gebrüllt, daß keiner ein Wort richtig verstehen konnte. Man glaubte, es wäre lauter heiliges, wüßige Menschen, die zu ihrem gegenseitigen Gedächtnis hier beim Baden zusammen-träfen. Einer sah einer, dann wurde der Schadenbruch am nach Äger mit ihm getrieben.

Von Peters und Stephans Körper stoff blane Brüche. „Ihr habt doch Glück“, sagte der Bedenmann zu Peter. „Euer Dreß geht wunderbar ab, aber unfer ist was Berrücken nicht abzubringen.“

Nach dem Baden schickte sie sich mit neuem Geschick. Schwärzweisse stromten die Arbeiter zum Fabrikator hinaus. Auch Peter und Stephan warfen ihre Mäntel in die Kontrachtr und gegen

Roman von Fritz Molnar

auf die Straße. Der alte Schorsch wartete schon auf sie. Als er sie sah, ging er auf sie zu mit den Worten: „Ich habe heute keine Überstunden gemacht, weil ich es dem Peter versprochen hatte. Am besten ist, wir gehen gleich ins Logis.“ Beide hatten sich ebenfalls im Fabrikshaus angemeldet.

Dort gab es Abendessen, auch Flaschenbier, und Peter fühlte sich verpflichtet, dem alten Schorsch seine Hilfsbereitschaft mit einer Flasche Bier zu vergüten.

„Ihr wollt wohl euren Einstand bezahlen?“ lachte er. Peter hatte ihn sich mit der Flasche Bier endgültig zum Freunde gekauft.

Nach dem Essen saßen die Leute beisammen, lasen Zeitung, spielten Karten bis ungefähr 9 Uhr, dann mußte das Licht gelöscht werden. Sie standen auch hier unter der Botmäßigkeit eines von der Fabrik bestellten Hausverwalters. Die Räume waren abgeteilt, immer standen sechs bis acht Betten in einem Raum. Sie bestanden aus Eisengestellten mit Seegrasmatten, Kopsheil und Rollen.

Peter schlief die erste Nacht ziemlich unruhig. Er sah im Traum eine endlos lange Kette, mit Farbstoff, Schweiß und Schmutz verkrustet. Immer nach einer bestimmten Anzahl Glieder kam ein verschlungener Knoten. Er zählte im Traum die Knoten und kam bis neununddreißig; beim vierzigsten erwachte er.

2. Kapitel.

Die Fabrik wurde in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von einem unternehmungslustigen Chemiker gegründet. In der Nähe einer der bedeutenden Industriekäde entstanden mehrere Wacksteinbauten und Holzboven. Eines der Häuser wurde als Büro verwendet, im anderen standen alle möglichen Flaschen und Retorten, gefüllt mit Säuren, Alkalien, organischen Substanzen und alkoholischen Lösungsmitteln. Es war die Versuchs- oder Probierstube des Chemikers, eine Art chemisches Laboratorium.

In den Holzboven waren Kessel in die Erde gemauert und Holzbofliche aufgestellt, in denen die synthetische Herstellung von Leet-farbenprodukten betrieben wurde.

Aus dem Steinkohlenteer wird neben anderen Abfallprodukten eine ölähnliche Flüssigkeit, das Anilin oder Anilol, gewonnen. Dies ist wiederum das Ausgangsprodukt von basischen, säure- und alkalischen Stoffen, welche durch kombinierte chemische Reaktionen mit anorganischen Substanzen in den Kesseln und Bottichen zu allerlei bunten Farben vermischt wurden. Da das aus dem Steinkohlenteer gewonnene Ausgangsmaterial das Anilin bildet, nannte man diese Art Farbstoffe Anilinfarben.

Man entdeckte, daß die neuen Farbstoffe die Eigenschaft be-läßen, Woll- und Baumwollgewebe anzufärben. Diese Entdeckung rief in der seitherigen Methode, Textilwaren zu färben, eine voll-ständige Ummwälzung hervor. Die neuen, auf synthetischem Wege hergestellten Farbstoffe waren den gebräuchlichen Erd- und Inbio-farben an Haltbarkeit, Beständigkeit und Farbschtheit bedeutend überlegen und waren außerdem billiger als die letzteren. Un-erachtete Mängelheiten boten sich also dieser neuen, jungen Industrie. Deshalb entstanden im Umkreis der Stadt fast gleichzeitig mehrere solcher Stinkbuden, wie sie im Volksmunde genannt wurden.

Junge, aufstrebende Chemiker warfen sich mit Eifer auf dieses neue Gebiet, Geldmänner steckten ihre Kapitalien in diesen entwicklungsfähigen Industriezweig oder gellten sich als Mitarbeiter hinzu, wodurch sich auch unsere kleine Bude schon nach wenigen Jahren in eine für die damalige Zeit recht ansehnliche Fabrik verwandelte.

Freilich spielte da eine mehr aufkommende neuartige Waren-produktion eine nicht unerhebliche Rolle. Immer deutlicher wuchs die Herstellung der für den täglichen Bedarf benötigten Waren aus dem Handwerksmäßigen, Zunftlerischen heraus. Vermehrung der Bevölkerung, damit Steigerung des Bedarfs, erhöhte Ansprüche der Menschen erforderten eine vermehrte Herstellung von Waren, die nun mehr und mehr fabrikmäßig in kapitalistisch betriebener Fabrikarbeit erzeugt werden konnten. Raffinierte Bank- und Geldleute brachten mit noch raffinierteren Methoden ganze Markt-gebiete in ihren Interessensbereich. So zum Beispiel wurde die Mode in eine gewisse Abhängigkeit zur Textilindustrie gebracht, und zwar dadurch, daß von der Textilindustrie immer wieder neue Kleiderformen, neue Schnitte, neue Muster und neue Stoffarten auf den Markt gebracht wurden. Solche Tendenzen reizten die Bevölkerung zu Neuanstellungen, selbst wenn das alte Stück noch nicht aufgebraucht war. Bald wurden auch neue Farbmuster ver-lanct, und auch sie konnten infolge der ungeheuren Ersolge auf dem Gebiete der Erforschung der Leetfarben fabriziert und geliefert werden. Dem Untergang der Handweberei folgte der Aufstieg von zwei neuen Industriezweigen unter gleichzeitiger Bildung einer auf Lohnarbeit eingestellten, im übrigen beschäftigten Arbeiterklasse.

Wohl wurde das Tempo der sogenannten Gründerjahre etwas eingebremst. Anfang der neunziger Jahre setzte jedoch schon wieder geradezu ein Wirtschaft unter den Industrien ein. Fabriken, Werkstätten und Büros wuchsen wie aus dem Boden gepflanzt, um den einsehenden Indus-triellen Warenlanger zu befriedigen. Vornehmlich das Farben-geschäft hatte eine erstaunliche Entwicklung hinter sich und ebenfolche Entwicklungsmöglichkeiten vor sich. Die chemische Industrie hatte Aussicht, zu einer Weltindustrie ersten Ranges emporzuklettern zu können.

Wo rund um unsere Querschade noch vor einem Jahrzehnt gelbwoogene Korfeldler und sassa grüne Wiesen die Umgebung der großen Stadt verschönten, raften jetzt mächtige Kamine, gran-massive Werkstoffgebäude und Büros zum Himmel. Ratternde und klappernde Maschinen, rumorende Transmissionen, dampfplösende Ventile und Geräte aller Art sanken dem Unkundigen, daß hier ein gewaltige Produktionsstätte chemischer Artikel und Farben aufgebaut war. Wie flatternde Sturzwächter wehten Tag und Nacht von den Kaminen die Raben ausgestoßener Rauchmassen.

Manchmal sielen dem Fußgänger auf der nahen Hauptstraße wahre Dampfwellen abtreibender und auch gesundheitschädlicher Gase und chemische Dünste entgegen. Empfindliche Damen und Herren, selbst die an ihre Dungenheiten gewöhnten Orisbürger hielten sich die Taschentücher vor den Mund, wenn sie an der Fabrik vorbei mußten. Imhüden das kleine Banerndorf in der Nähe der Großstadt seinen raschen Aufschwung nur der Fabrik zu danken hatte, waren die alten Einseffenen nicht auf diese Dinge zu sprechen. Sie verneigte ihnen die Luft, nahm ihnen, wenn auch zu hohen Preisen, ihr Land und schrekte sie aus ihrer geruchsa- Gemächlichkeit an. Deshalb wurde auch ein Orisbürger nicht für voll angesehen, wenn er in „die rote Fabrik“ arbeiten ging. Die meisten konnten es auch nicht, da zu der Zeit die Portefeuille-industrie genügend Arbeit und Verdienst bot. Einer, der nicht Portefeuille vor oder wenigstens kein Handwerk erlernt hatte, wurde im Orte schief angesehen.

Dadurch war die Fabrik gezwungen, ihre Arbeiter aus der weiten und ferneren Umgegend zu holen. Die chemischen Produkte besten in der letzten Zeit infolge der eifrigen Forscherfaktigkeit der Chemiker eine beträchtliche Vermehrung erfahren, man hatte eine Menge neue und wertvolle Präparate hergestellt, welche wiederum für weitere Verache und Erfindungen auf chemischem Gebiete Material abgaben. Gleichzeitig wurden auch die zur Herstellung in großen Mengen notwendigen technischen Apparaturen komplizierter. Ein chemischer Fabrik konnte eher einen ardenen Stab von Ingenieuren und Technikern nicht mehr auskommen.

(Fortsetzung folgt.)

Verprechen und Halten.

Ein paar Bemerkungen zum 10. Band des „Großen Brockhaus“.

Mit diesem Band, der trotz aller Mühe und Schwierigkeiten der Gegenwart pünktlich zum angelegten Zeitpunkt erschienen ist, liegt die Hälfte des großen Werkes vor. Dies mag Veranlassung sein, einmal rückblickend zu betrachten, was bisher geleistet worden ist, um daran zu ermessen, was uns der „Große Brockhaus“ nach seiner Vollendung bieten wird. Der Verlag hatte beim Erscheinen des ersten Bandes ein Werk versprochen, das ganz auf die Erfordernisse des Menschen von heute eingestellt ist. Wenn wir die stattliche Reihe der vorliegenden zehn Bände daraufhin durch-lehen, müssen wir rückhaltlos eingestehen, daß er damit nicht zuviel versprochen hat. Die Vorzüge früherer Auflagen des „Brockhaus“ — gewissenhafte objektive Berichterstattung über alle Gebiete und dauerhafte Ausstattung — sind heute in glücklicher Weise dadurch ergänzt worden, daß man sich bewußt auf die praktische Verwend-barkeit des Werkes im täglichen Leben eingestellt hat. Der „Große Brockhaus“ ist ja nicht zur Belastung unseres Gehirns mit ungeheurem Wissensstoff da — man soll ihn gewiß nicht auswendig lernen —, sondern gerade zur Entlastung: Jeder wird darin nach-schlagen können, was ihm irgend von Nutzen sein kann. Sei es, daß er Tatsachen wissen will: den Erreger und die Bekämpfung einer Krankheit, das Leben eines Nobelpreisträgers, den Verlauf der Marne-schlacht, einen ihm unbekanntem Fachausdruck, die Aus-sprache eines Namens, wie etwa Los Angeles, Greenbroich, Kukulur-Klan. Oder daß er praktische Hilfe wünscht: bei Ver-giftungen zum Beispiel werden nicht nur kurz und treffend Symp-tome und Gegenmittel angegeben, sondern auch Rat-schläge für erste Hilfe. Durch Umrandung hervorgehoben, können wir sie auf den ersten Blick finden. Das sieht dann so aus:

Erste Hilfe bei Vergiftungen mit Knollenblätterpilz. Erregen von Erbrechen, Abführmittel, Ertrinken von viel Flüssigkeit, Wärmezufuhr.

Die Artikel über die einzelnen Berufe (Kindergärtnerin, Kellner, Krankenpfleger usw.), gleichfalls durch Umrandung hervorgehoben, bringen genaue Angaben über körperliche und geistige Voraus-setzungen, Ausbildung, Berufsorganisationen, Fachzeitschriften usw., so daß sich die Eltern ein genaues Bild über die Berufswahl ihrer Kinder machen können. Dann etwa die rechtlichen Artikel: für jeden Laien verständlich, bilden sie einen sicheren Führer durch die Gesetzbücher, für unsere Zeit gewiß von nicht zu unterschätzendem Wert (Beispiele aus dem 10. Band: Konkurs, Kursbetrug, Kirchen-recht usw.). Unsere Aufmerksamkeit sei auch den Kartenbeigaben geschenkt: das ganze Werk wird etwa 220 bunte Hauptkarten und Stadtpläne und zahllose Nebenkarten und Textkarten bringen, die einen vollständigen Weltatlas bilden. Ihre praktische Benutzbarkeit wird dadurch wesentlich erhöht, daß am Anfang der Artikel über Orte, Flüsse, Gebirge sowohl die Karte als auch das Planquadrat angegeben sind, in dem der gewünschte Ort oder Fluß liegt; das findet man sonst in keinem anderen Lexikon — eine große Hilfe für den Leser! Dazu kommt etwas, die unbestechliche Sachlichkeit, mit der „Der Große Brockhaus“ über alles berichtet. Die Objekti-vität des „Großen Brockhaus“ bedeutet nicht etwa Standpunkt-losigkeit, sondern in vielen Fällen gerade die Festhaltung der Un-veränderlichkeit abweichender Ansichten und Lehrlänge. Seine Sach-lichkeit ist keine Launtheit, sie ist unerbittlicher Wille zur Gerechtigkeit. Die Bildung einer Weltanschauung bleibe jedem überlassen, im „Großen Brockhaus“ erhält er unbestechlichen Bericht über Taf-fachen und Begriffe aller Art. Dieses hohe Ziel spricht aus jedem der vorliegenden zehn Bände. Allein unter diesem Gesichtspunkt möchte man wünschen, daß der „Brockhaus“ seinen Einzug in jede deutsche Familie hält. Wenn sich auch die wenigsten alle bereits erschienenen Bände auf einmal werden anschaffen können, so kann das Werk ja auch bandweise nach und nach erworben werden. Daß wir im redaktionellen Teil hierauf besonders hinweisen, mag ein Zeichen dafür sein, als welche bedeutsame Kulturfahrt wir den „Großen Brockhaus“ einschätzen.

Der Nazi und die Ochsen.

Auf der Landstraße hält ein mit Ochsen bespanntes Bauern-fuhrwerk. Über die Ochsen wollen nicht ziehen. Der Bauer gibt sich die größte Mühe. Er kriegt das Rindvieh nicht vom Fleck. Leute sammeln sich um das störrische Gespann, Landvolk, Aus-flügler. Rat-schläge werden gegeben, allerhand Mittel versucht. Amjense. Da trifft ein stammer Kerl mit Hitler-Bärtchen vor und sagt: „Machen Sie mal Platz! Jetzt werde ich mal mein Glück ver-suchen.“ Allgemeine Spannung. Der stramme Herr trifft einige Meter vor das Gespann. Schneidet ein grimmes Gesicht, rollt die Augen, schnalzt mit der Zunge. Und siehe da — wie auf Kommando setzen sich die Ochsen in Bewegung und laufen brüllend dem strammen Herrn nach. Großes Erstaunen im Kreise. „Dunerkiel“, sagt der Bauer respektvoll. „Wie haben Sie das gemacht? Wollen Sie mir das Mittel nicht ver-raten?“ Der stramme Kerl lächelt argenehaft. „Lieber Mann, es würde Ihnen nichts nützen. Das hängt mit meinem Beruf zu-sammen.“ „Daß Ihnen alle Ochsen nachlaufen?“ staunte der Bauer. „Was sind Sie denn?“ „Ich bin — aber Sie dürfen es nicht weiter-sagen“, versteht der stramme Herr geheimnisvoll. „Ich bin — Gau-sührer bei den Nationalsozialisten.“ Aus: „Die Leuchtrakete“, satirische Monatschrift (Wien IV, Müllerfeld 3 a).

Humoristische Esse.

Der Totenschein. „Wie kommt es nur, daß Dr. Blackwood plötzlich seine sonst so gute Praxis verloren hat?“ „Na — der hat einmal eine fürchterliche Dummheit begangen, als einer seiner Patienten gestorben war. Bei der Ausstellung der polizeilichen Sterbeurkunde hat er versehentlich in die Rubrik „Todesursache“ seinen Namen gesetzt!“ (Answers.)

Besten Dank!

Der Hans-Peter hat wieder einmal schwer, sehr schwer ge-laden. Der Dews-Konrad findet ihn im Straßengraben und bringt ihn, gutmütig wie er ist, mühevoll nach seiner Behausung. An der Tür nimmt die Frau ihren hilflosen Ehegatten in Empfang und sagt noch zum Konrad: „Sollst auch bedankt sein!“ „Brauchst dich nicht zu bedanken“ sagte der „Na“, meint die Frau, „mer bedankt sich ja, wenn mer 'ne Würschsupp gebracht kriegt, warum soll mer sich net bedanke, wenn ein in einer 'ne ganze Sau bringt?“

Sowiefo.

„Also essen Sie sehr wenig und gehen Sie nicht aus!“ „Wenn ich Ihre Rechnung bezahlt habe, Herr Doktor, bleibt mit auch gar nichts anderes übrig!“